

Die Mitgliederversammlung 1981 des Grenzfriedensbundes

findet in diesem Jahr am Sonnabend, dem 9. Mai, um 10.00 Uhr statt in Schleswig im Gasthaus „Waldschlößchen“, Kolonnenweg 112.

Alles Nähere ist zu ersehen aus der schriftlichen Einladung, die neben der Tagesordnung besonders die Abfahrtsorte und -zeiten für die Fahrt nach Schleswig enthalten wird.

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
„Slesvigismus“	4
<i>Erich Hoffmann</i> Ein Lösungsversuch des Nationalitätenproblems in Schleswig (II).....	25
<i>Manfred Willms</i> Die wirtschaftliche Entwicklung in der deutsch-dänischen Grenzregion	36
<i>Johann Runge</i> Björn von Törne: Zwischen Loyalität und Servilität	44
Umschau ab Seite 53	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben. Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.

Der Bezugspreis entspricht dem Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, Waldstraße 40, 2390 Flensburg

Geschäftsstelle: Südergraben 53, 2390 Flensburg

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg

GEDENKWORTE

Im Alter von 72 Jahren ist am 18. März Dr. Hans Peter Johannsen verstorben. Die Nachricht von seinem Tod verbreitete sich in wenigen Stunden unter seinen zahlreichen Freunden und löste überall Bestürzung und Betroffenheit über die Plötzlichkeit seines Heimgangs und Trauer um einen Mann aus, den wohl keiner von uns je vergeblich um seine Hilfe gebeten hat. Wir alle trauern mit seiner Frau, mit seinen Angehörigen um unseren Freund.

Dr. Johannsen war Däne, was seine Staatsangehörigkeit betraf, aber Deutscher durch Abstammung und nationales Bekenntnis. Er hat so intensiv wie sicher nur wenige die sogen. Zweiströmigkeit des Grenzlandbewohners in sich ausgetragen. Er wurzelte im deutschen Volk, in der deutschen Sprache und Kultur, aber er war dem dänischen Volk herzlich verbunden; er liebte unsere gemeinsame schleswigsche Heimat und schlug Brücken des Verständnisses zwischen beiden Völkern. Die Flensburger bzw. die Deutsch-Dänischen Tage, die es seit 1954 gibt, tragen den Stempel seiner Ideen und Initiativen. Zahllose Vorträge, Aufsätze, Ausstellungen, Veranstaltungen unter seiner Regie und mehrere Bücher zeugen von seinem energischen Verständigungswillen über die Grenze hinweg. Er war hochgeachtet in beiden Völkern und hatte zahlreiche Freunde auf beiden Seiten. Er war Mitbegründer des Grenzfriedensbundes vor 31 Jahren, und er war 16 Jahre lang, von 1961 bis 1977, Vorsitzender dieses Grenzverbandes. Er rief — mit anderen — die Grenzfriedenshefte ins Leben, die zu einem guten Teil Sprachrohr seiner Gedanken wurden und die bis heute ohne ihn noch gar nicht gedacht werden können. Auch der Deutsche Grenzverein, dessen stellvertretender Vorsitzender er bis zuletzt war, dankt ihm viele wertvolle Impulse und unermüdlichen Einsatz. Der Bundespräsident verlieh ihm schon 1969 das Bundesverdienstkreuz erster Klasse.

Hans Peter Johannsen war persönlich ein sehr bescheidener Mann. Er wollte seinen Mitmenschen dienen; er wollte helfen, nützlich sein, ausgleichend wirken. All dies ist ihm gelungen. Sein Medium war die Sprache. Keiner setzte sie überzeugender ein als er; und niemand übertraf ihn in der Redlichkeit seiner Ziele. Das schleswigsche Land hat einen bedeutenden Bürger, wir alle haben einen guten Freund verloren.

Artur Thomsen in der NDR-Umschau am 19. März 1981.

Dieser Beitrag wurde erstellt von Hans-Friedrich Schütt in Zusammenarbeit mit Mitgliedern der Sektion für Landeskunde des Deutschen Grenzverein: Prof. Dr. Erich Hoffmann, Dr. Gerhard Kraack, Dr. Dieter Pust, Gerd Vaagt, Dr. Volker Weimar, Dr. Horst Windmann.

„SLESVIGISMUS“

In Südschleswig ist in letzter Zeit viel von den „Schatten der Vergangenheit“ die Rede gewesen. Man hat sogar befürchtet, daß es wieder zu einem Grenzkampf kommen könnte. Niemand würde das mehr bedauern als die Verfasser, die sich seit ihrer Studienzeit bemüht haben — ähnlich wie auf dänischer Seite ihre Partner von „Front og Bro“ — Gegensätze auszugleichen. Sie meinen aber, daß diese Befürchtungen unbegründet sind. Die Basis für einen Grenzkampf fehlt. Warum dem so ist, kann nur eine Analyse zeigen, die im folgenden gegeben wird.

Zu den historischen Voraussetzungen

Schleswig-Holstein ist ein Land mit einer langen, interessanten Geschichte. Die schleswig-holsteinische Gegenwart ist — und das gilt besonders für die Grenzregion — ohne geschichtliche Kenntnisse nicht zu verstehen, da die Geschichte in der täglichen politischen Argumentation immer wieder bemüht wird.¹ Die folgenden Ausführungen sind als Fortsetzung und Ergänzung des Aufsatzes „Die Abstimmung 1920 — und wo stehen wir heute?“ von Erich Hoffmann im Grenzfriedensheft 2/1980, S. 63 zu verstehen, in dem die zu den folgenden Ausführungen gehörenden geschichtlichen Zusammenhänge dargestellt sind. Diese sind ergänzend geschildert in den Grenzfriedensheften 4/1980, S. 179 f., und 1/1981, S. 24 f. Erst die Informationen in diesen Darstellungen zusammengenommen können helfen, die Vorgänge in unserer Grenzregion besser zu begreifen.

Verschiedene Formen des dänischen Bekenntnisses

Schleswig-Holsteinische Vielfalt

Die Schleswig-Holsteiner oder aber das Bundesland Schleswig-Holstein sind zwar ein Begriff, jedoch noch immer vielfältig untergliedert — trotz der großen Umwälzungen im Gefolge des Zweiten Weltkrieges: Es gibt Dithmarscher, Angeliter, Kieler, Eiderstedter, Flensburger, die vielen Zugewanderten, die sich meist in Schleswig-Holstein bald heimisch fühlen, und in den Städten eine schnell wachsende Anzahl ausländischer Arbeitnehmer. Alle haben ihr mehr oder weniger ausgeprägtes Eigenbewußtsein und ihre Besonderheiten. Es gibt die im Lande wohnenden Dänen mit deutscher oder dänischer Staatsbürgerschaft, die in der Regel eng mit der dänischen Minderheit verbunden sind. Zu den Dänen rechnen wir — und das sei an dieser Stelle und ausdrücklich betont — alle Mitbürger, die

dänisch aufgewachsen sind, geprägt durch ihre dänische Familie, die dänische Schule usw. Und dann gibt es Leute, die sich als „Schleswiger“ bezeichnen.

Leute, die mit Schleswig-Holstein nicht sehr vertraut sind, wissen meist mit diesem Begriff nichts anzufangen. Was ist denn nun ein „Schleswiger“? Es gibt, grob gesagt, zwei Erscheinungsformen dieses Begriffes: den „geborenen“ und den „gelernten“ Schleswiger.

„Geborene“ Schleswiger

Das alte Herzogtum Schleswig reichte von der Eider bis zur Königsau. Der Norden dieses alten Herzogtums war dänischsprachig, der Südwesten friesisch, der Süden niederdeutsch.³ Im ganzen Herzogtum gab es seit dem späten Mittelalter einen deutschen kulturellen Überbau, vor allem in den Städten, bis nach Hadersleben hinauf, besonders im kirchlichen und im administrativen Bereich. Es gab und gibt — noch heute im Rahmen der deutschen Minderheit in Nordschleswig — im nördlichen Teil des alten Herzogtums die Möglichkeit, in zwei Sprachen und Kulturen aufzuwachsen: dänisch bzw. plattdänisch und deutsch.

Ein „geborener“ Schleswiger ist — so wird auch oft gesagt — demnach ein Mensch, der in vergnügtem Kreis sich sowohl an deutschen wie auch an dänischen Geschichten ergötzen kann — wenn man vom Friesischen einmal absieht. Nördlich der Grenze wohnen sehr viele derartige Schleswiger. Die Angehörigen der deutschen Minderheit zum Beispiel sind meist plattdänisch und hochdeutsch zugleich aufgewachsen. Südlich der jetzigen Staatsgrenze gibt es noch einige Dörfer um Medelby, in denen plattdänisch gesprochen wird.⁴ Die „geborenen“ Schleswiger südlich der Grenze kommen entweder aus Nordschleswig oder aus diesen Dörfern. In der Regel bezeichnen sich diese Schleswiger als „deutsche Schleswiger“, denn dänische Schleswiger — mit plattdänischer Umgangssprache, hochdeutscher Kultursprache und dänischer Gesinnung — trifft man kaum noch. Nördlich der Grenze sind sie in die hochdänische Nationalkultur hineingewachsen, südlich der Grenze betrachten sie sich als Dänen in der dänischen Minderheit.

„Gelernte“ Schleswiger

All die vielen verschiedenen Gruppierungen, die bisher genannt wurden, sind in dem Folgenden nicht mehr gemeint. Wir beschäftigen uns jetzt vielmehr ausschließlich mit dem Phänomen des „gelernten Schleswigers“. Bei dieser zweiten Erscheinungsform des Schleswigers sind die Voraussetzungen andere. Es handelt sich nämlich um diejenigen Leute, die deutsch aufgewachsen sind, sich aber zur dänischen Lebensweise hingezogen fühlen, ihre Kinder in dänische Kindergärten und Schulen schicken, weil sie sie dort besser aufgehoben glauben, nachträglich selbst das Dänentum kennenlernen und die dänische Sprache⁵ —

und zwar das Hochdänische der dänischen Nationalkultur — erlernen oder aber einfach nur die Partei der dänischen Minderheit wählen.

Diese Erscheinung ist durchaus nicht neu. Es sei erinnert an die aus Celle stammende Rahel Jeanette Christiansen geb. Kuhlenskampf, an den aus Sachsen gebürtigen Schlachter Partsch, die aus Quedlinburg stammende Gerberfamilie Plätner und den Eckernförder Stellmacher Kruse, die als große Namen Flensburgischen Dänentums gelten.⁶ In großem Umfang trat diese Erscheinung auf, als der Erste Weltkrieg mit der deutschen Niederlage endete (1918). Bei der letzten Reichstagswahl vor dem Ersten Weltkrieg wählten in den Kreisen Eiderstedt, Husum, Flensburg-Stadt, Flensburg-Land, Südtondern und Schleswig ca. 1900 die dänische Liste, in der Stadt Flensburg 455.⁷ Nach dem Krieg, bei der Abstimmung 1920, entschieden sich in der gesamten „zweiten Zone“ unmittelbar südlich der heutigen Grenze 12 800 Wähler, davon in der Stadt Flensburg 8 944 für Dänemark. Die stärkste Zunahme war in Flensburg zu verzeichnen, einer Stadt, die seit 1870 durch massiven Zuzug aus dem Reichsgebiet sich in der Herkunft der Bevölkerung ungleich mehr in Richtung auf Binnendeutsches verändert hatte als die umliegenden Landkreise.⁸

Nach dem totalen Zusammenbruch des Deutschen Reiches nach dem Zweiten Weltkrieg sah es ähnlich aus: Bei der letzten Landtagswahl vor 1933 stimmten in der Stadt Flensburg 1109 Wähler für die Liste der Dänen (Kommunalwahlen 1933: 4 658 Stimmen),⁹ im übrigen Südschleswig 840. Bei der ersten Landtagswahl 1947 waren es 31614 in Flensburg (einschließlich SPF, ca. 60 % der Stimmen; bei der Kommunalwahl 1946 ebenfalls etwa 31000, 86,8 % der einheimischen Bevölkerung), 51120 (ca. 25 % der Stimmen) im übrigen Südschleswig — ohne die Kreise Rendsburg und Eckernförde.

Es liegt nahe zu meinen, jedesmal, wenn es in Deutschland sehr schlecht aussah, hätte die Bevölkerung im Grenzgebiet, vor allem in Flensburg, ihr Herz für Dänemark entdeckt. Aber derart pauschale Folgerungen sind nie richtig. Seit langer Zeit geht es der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland durchaus gut. Trotzdem wählten bei der letzten Landtagswahl in Südschleswig (außer Flensburg und ohne den Landkreis Rendsburg) 11527 Wähler die Kandidaten des SSW (ca. 4,5 %), in Flensburg waren es 9 008 Wähler (ca. 17 %), also ca. achtmal so viele Wähler wie vor dem Zweiten Weltkrieg.

Auch jetzt ist die Stadt Flensburg mit knapp der Hälfte der Stimmen das Zentrum des dänischen Wählerpotentials; hier liegt auch das Zentrum der Schularbeit. Auf die positive Entwicklung im Schulsektor ist die dänische Minderheit mit Recht stolz. Lassen wir die Abstimmung von 1920 und die Motive, die sich hinter den Abstimmungsergebnissen verbergen, einstweilen auf sich beruhen und wenden wir uns dem nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sichtbar gewordenen Wandel zu.

Motive des Übertritts zum dänischen Bekenntnis¹⁰

1933 bis 1945

Die nationalsozialistische Diktatur hat schon von 1933 an manchen entschiedenen Gegner des Nationalsozialismus in die dänische Minderheit ausweichen lassen. Wenn diese es auch im Dritten Reich recht schwer hatte, so ist sie doch nicht mit den anderen Feinden der Nationalsozialisten Verderben bringenden harten Methoden verfolgt worden, so daß ein derartiges Ausweichen möglich war.⁹

Die enge Zusammenarbeit zwischen dänischen und deutschen Sozialisten führte zu gemeinsamer Haltung gegen das nationalsozialistische Deutschland. Dänische Hilfe bei der Flucht aus Deutschland — in die auch die dänische Minderheit verflochten war¹¹ — ist heute noch bei deutschen Gegnern des Nationalsozialismus unvergessen. Nicht wenige sind für immer in Dänemark geblieben. Es zog sie nichts nach Deutschland zurück.

Nach der Besetzung Dänemarks erhielt die Zusammenarbeit von Gegnern des Nationalsozialismus eine breitere Basis. Sie bezog nun auch bürgerlich-nationale Deutsche und Dänen ein. Der deutsche Botschaftsattaché Duckwitz ermöglichte die — in bewundernswerter dänischer Solidarität durchgeführte — rechtzeitige Evakuierung der dänischen Juden. In gleicher Angelegenheit hat sich der spätere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Friedrich Wilhelm Lübke als Marineoffizier in Aarhus verdient gemacht. Die Rolle des nach Kopenhagen abgeordneten Flensburger Gestapobeamten Hermannsen harht noch einer eingehenden Untersuchung. Andererseits bildete sich in der Flensburger „Kellergesellschaft“ eine illegale Gruppe, in der deutsche Sozialisten und nationale Dänen sich zusammenfanden.

Im Grenzland gewöhnten es sich deutsche Gegner des Nationalsozialismus nach 1933 an, zur Vervollständigung ihrer Informationen die Minderheitenzeitung „Flensburg Avis“ zu lesen. Sie lernten zu diesem Zweck Dänisch. Die Wertschätzung der Zeitung bei dieser Interessentengruppe überdauerte das Jahr 1945 und hielt sich bis in die sechziger Jahre.

1920 waren die Sozialdemokraten in der zweiten Zone für die junge deutsche Republik eingetreten, sie hatten die dänische Monarchie abgelehnt. Sie wurden bitter enttäuscht. Sie unterhielten sich nach dem Zweiten Weltkrieg über die Möglichkeit, das Grenzgebiet in die bewährte dänische Demokratie einzugliedern. Es waren zwar nur wenige, aber es waren die Persönlichkeiten, die nach 1945 die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften im Grenzland wieder aufbauten. Ihr Einfluß reicht weit in die Nachkriegszeit hinein: Die große Gruppe der sozialistisch denkenden dänischen Wähler vor allem in Flensburg hat hier ihren Ursprung.

1945 bis 1950¹²

Die ganz große Welle der Hinwendung zum Dänentum — jedem, der damals im Grenzland lebte, noch frisch in Erinnerung — lösten die bedingungslose Kapitulation von 1945 und die darauf folgenden schwierigen Jahre aus. In dem allgemeinen Zusammenbruch und der völligen Hoffnungslosigkeit lag es ganz allgemein nahe, nach Möglichkeiten zu suchen, sich den Folgen der deutschen Niederlage zu entziehen. In den Grenzgebieten der drei westdeutschen Besatzungszonen war — jedenfalls theoretisch — eine solche Möglichkeit gegeben. In der schlimmen Hungerzeit dieser Jahre wurden die Angehörigen der Minderheit durch reichliche Lebensmittellieferungen aus Dänemark unterstützt — eine Hilfsaktion, deren moralischer Wert in der damaligen Situation eben durch diese Beschränkung des Empfängerkreises recht fragwürdig war.¹³

Ähnliches galt anfangs auch für die Bespeisung der Kinder in den dänischen Schulen, die darüber hinaus noch den Vorteil boten, daß in ihnen — im Gegensatz zu den überfüllten deutschen Schulen — ein fast normaler Unterrichtsbetrieb durchgeführt wurde. Außerdem wurden die Schulkinder in den Ferien nach Dänemark verschickt; von dänischen Familien gastfrei aufgenommen, kamen sie gut gekleidet und ernährt wieder zurück.

In der hoffnungslosen Zeit nach Kriegsende errechneten sich viele Flensburger Geschäftsleute Vorteile durch eine Flucht aus der deutschen Konkursmasse und eine nähere Verbindung mit Dänemark.

Viele junge Leute bekamen als Mitglied der Minderheit in Dänemark Lehrstellen oder andere Ausbildungsmöglichkeiten, als in Südschleswig noch Arbeitslosigkeit herrschte.

Ebenso wie nach dem Ersten Weltkrieg wurde auch Eltern und Ehefrauen Hoffnung gemacht, ihre Söhne und Männer würden eher aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, wenn die Familie sich für das Dänentum entschiede.

Um diese Wartenden, Einsamen und Alten kümmerte man sich sehr, wenn sie der dänischen Bewegung beigetreten waren. Die „Südschleswigsche Vereinigung“ entwickelte ein enges Netz der Nachbarschaftshilfe und Altenbetreuung, das allen das Gefühl gab, einer Gemeinschaft anzugehören. Das half manchen in den schweren Jahren, ähnlich wie zur Zeit der „Volksgemeinschaft“ vor 1945, und machte es später schwer, sich von der Minderheit wieder zu lösen.

Dänemark, das seit einem Jahrhundert keine Kriege geführt hatte, mußte als Hort der Friedensliebe und der behaglichen Ruhe erscheinen. Für den Krieg wurde allgemein der „preußische Militarismus“ mitverantwortlich gemacht. Die „Preußen“ schienen an allem schuld zu sein. Die Dänen waren schon immer dieser Überzeugung gewesen; für viele von ihnen war der Nationalsozialismus nur ein schlimmeres „Preußentum“ gewesen. Damit wurden alte antipreußische Gefühle der Schleswig-Holsteiner wachgerufen und mischten sich seltsam mit dem nicht

minder alten Rivalitätsdenken der Schleswiger und Holsteiner — ein Rivalitätsdenken, das auch heute noch bei gegebenem Anlaß eine Rolle spielen kann — so daß auch deutsche Bürger Schleswigs zu der Überzeugung gelangen konnten, die Eider sei die Grenze zu preußischem Wesen.

Am 4. Oktober 1945 richteten einflußreiche dänische und deutsche Flensburger die Bitte an die englische Militärregierung, Schleswig von Holstein zu trennen und aus ihm einen eigenen Regierungsbezirk zu machen, in dem nur einheimische Schleswiger leitende Stellungen bekleiden sollten. Weiterhin hieß es in dieser Bittschrift¹⁴ unter Punkt IV: „Wir beantragen, daß unser Grenzland Schleswig baldmöglichst von Flüchtlingen befreit werden möge. Seit Monaten ist diese Flut von Flüchtlingen in unser Land geströmt und droht unseren nordischen Volkscharakter in Südschleswig zu ersticken oder doch ihn biologisch zu überfremden ...“ Weiter unten wird in der Petition gesagt, daß für Holstein das Flüchtlingsproblem keine so große rassische Gefahr bedeute, da „seine Einwohner von niedersächsischer oder slawischer Herkunft“ seien.

Diese Vorstellungen sind in zweifacher Hinsicht zu deuten:

Die erste Hilfsbereitschaft gegenüber den Vertriebenen war im erzwungenen engen Zusammenleben zerrieben worden. Menschen ganz verschiedener sozialer und landsmannschaftlicher Herkunft und mit völlig unterschiedlichem Kriegserleben waren unter einem Dach zusammengepfercht. So wurde das Trennende bald stärker empfunden als das Gemeinsame. Es verband sich daher bei vielen bald der dänische Wunsch, die „preußische Überfremdung“ Südschleswigs durch Abschieben der Vertriebenen zu beseitigen, mit dem ganz primitiven Verlangen, durch das Bekenntnis zu Dänemark wieder Herr im eigenen Haus zu sein.

Zum anderen galt seit langer Zeit nordisches Sein und Fühlen in Deutschland sehr viel. Die deutschen Neuromantiker sahen im Nordischen nicht nur das Mythisch-Kraftvolle, sondern auch das ursprünglich Reine und letztlich Überlegene. Die skandinavische Literatur verstärkte diese Vorstellung beim deutschen literarischen Publikum seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Eine primitiv wahnwitzige Übersteigerung fand das Bild des vorbildlichen nordischen Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus.¹⁵ Die herkömmliche gefühlsmäßige deutsche Wertschätzung nordischer Rasse und Kultur blieb in diesem Zusammenhang nach 1945 bestehen, verband sich aber mit der Wertschätzung dänischer Demokratie und diente in dieser Kombination zur Abgrenzung vom „Süden“.¹⁶

Nach 1950

Nachdem wieder normale Verhältnisse südlich der Grenze hergestellt waren, konnten die genannten Gründe für das Anwachsen der dänischen Bewegung in der Nachkriegszeit zum größten Teil keine wesentliche Rolle mehr spielen. Daß

sie nur sehr langsam zahlenmäßig schwächer wurde, lag wohl daran, daß manche aus Dankbarkeit für die Hilfe in schwerer Zeit ihrem damaligen Entschluß treu blieben. Aber viel mehr als das wirkte die Anziehung dänischer Lebensart weiter. Dieses Land hatte schon lange ein ausgeglichenes Sozialgefüge. Hier erschien z. B. Volksbildung von seinem Ansatz im 19. Jahrhundert her nicht als mildtätiges Bemühen um untere Schichten, sondern als ein traditionsreiches, gemeinsames Bildungserlebnis. Die gemütliche Kaffeetafel und das gemeinsame Singen bei allen Veranstaltungen galten dafür als sichtbarer Ausdruck.

Entscheidend war und ist aber die äußerst schwierige Identifizierung mit der eigenen staatlichen deutschen Gemeinschaft auch nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, die doch ursprünglich nur als „Provisorium“ eines geteilten Vaterlandes verstanden wurde.¹⁷ Außerdem war und bleibt belastend die dauernde Konfrontation mit der deutschen Schuld, den während der Zeit des „Dritten Reiches“ im deutschen Namen geschehenen Untaten; belastend ist auch die ideologische Gegensatz, der die Bundesrepublik Deutschland und die DDR scharf voneinander trennt. Im Grenzland liegt es für nachdenkliche Naturen oder Verweigerer dieses Erbes unter Umständen nahe, sich eine neue Identität zu suchen.

Der Binnendeutsche hat diese Möglichkeit in der Regel nicht. Er hilft sich oft damit, daß er seine eigene Verflechtung in das deutsche Schicksal abzustreifen bzw. zu verdrängen¹⁸ sucht und sich statt dessen als „Europäer“ versteht. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß die verschiedenen Lebenskreise aufeinander aufbauen und daß Europäertum nicht Familie, Heimat und Volk bzw. Staat ersetzt, sondern nur den — heute allerdings dringend nötigen — größten bewußten Lebenskreis darstellt.¹⁹ Wo die anderen engeren Lebenskreise oder einer von ihnen als im Widerspruch mit „europäischer Gesinnung“ gesehen werden, ist das Verhältnis zu diesem Lebenskreis entweder gestört und man versucht, mit Europäertum ein Ausweichen zu bemänteln, oder aber man hält es objektiv oder subjektiv nicht für lohnend, auch kleinräumiges Geschehen zum Gegenstand des Nachdenkens zu machen.²⁰

Kennzeichnend für binnendeutsche „Europäer“ ist, daß sie gern ihre europäische Gesinnung im Grenzland dadurch erweisen, daß sie ihre Kinder in dänische Kindergärten oder Schulen schicken, damit sie mehrsprachig — „europäisch“ aufwachsen. Nach längerer oder kürzerer Zeit merken sie, daß die von ihnen offengelassenen Lebensbereiche bei ihren Kindern ausgefüllt werden, aber nun durch dänisch-nationale Vorstellungen, und dies mit weltanschaulicher Intensität. Die die öffentliche Meinung kennzeichnende Summierung der Wertschätzung des Dänentums (seit ca. 1960) aus Verherrlichung des Nordischen, Wertschätzung der dänischen Demokratie und dänischer Lebensart veranlaßten gelegentlich Politiker, zur Imagepflege ihr progressiv-europäisches Wollen dadurch beweisen

zu wollen, daß sie sich für Belange der dänischen Minderheit — die naturgemäß oft eine nationale Zielsetzung haben — einsetzen. In solchen Fällen werden zwei einander fremde Prinzipien miteinander verbunden.

Resümee

Alle diese und noch andere ähnliche Motive machten und machen es für manche denkbar oder erstrebenswert, sich von Deutschland zu distanzieren. Der erste Schritt zum „gelernten“ Schleswiger hin war und ist also ein negativer: die Distanzierung vom Deutschen, z. B. die Weigerung, die Hypotheken des „Dritten Reiches“ in materieller, vor allem aber in geistig-moralischer Hinsicht mit abzutragen. Das Besondere der Situation an der deutsch-dänischen Grenze war und ist, daß es eine Möglichkeit gibt, sich der schwierigen deutschen Lage zu entziehen. Man kann die Hypotheken der Nazivergangenheit mit dem Übertritt in die dänische Minderheit ebenso innerlich „ablösen“, wie es der ganze andere deutsche Teilstaat, die DDR, durch das — inhaltlich natürlich nicht vergleichbare — andere „politische Bewußtsein“ ihrer Führer getan hat. Andererseits weist (oder wies) Dänemark so viele attraktive Züge auf, daß ein Wechsel verstanden werden kann. Es ist ebensowenig gegen einen solchen Wechsel einzuwenden wie etwa gegen eine Konversion von einer Konfession zur anderen. Wenn ein Bürger des Grenzlandes auf Grund des hier geschilderten — oder eines anderen — Entscheidungsprozesses sich der dänischen Kultur zuwendet und in sie hineinwächst, dann ist er der auf S.5 aufgeführten Gruppe der Dänen zuzurechnen. Denn letzten Endes muß es der Entscheidung des einzelnen überlassen bleiben, ob er im Grenzland — nördlich oder südlich der Grenze — als Deutscher oder als Däne leben will.

Das werbende Angebot und seine Annahme

Dänische geglaubte Überzeugungen

Die Erscheinung des „gelernten“ Schleswigers ist damit aber noch nicht völlig erklärt. Der Personenkreis, der sich ihm zuordnen läßt, immer noch nicht erfaßt. Um sie ganz zu verstehen, muß man sich mit dänischen Überzeugungen beschäftigen.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gibt es den nationaldänischen Wunsch, die Eidergrenze als nationale Südgrenze des dänischen Reiches zu erreichen. Auch heute noch gibt es in Dänemark eine beachtliche Anzahl von Dänen, die so denken. Dieser Wunsch beruht auf der pauschalen Vorstellung, daß die südschleswigsche Bevölkerung nach Art und Rasse dänisch-nordisch sei und die deutsche Sprache und Kultur nur wie ein Mantel den dänischen Kern verdecke; erst wenn dieser Kern wieder freigelegt werde, fände der südschleswigsche Mensch zu sich selbst zurück und zu einem erfüllten Dasein, geprägt von

wahrhafter Menschlichkeit und echter demokratischer Gesinnung.²¹

Entstanden ist diese Vorstellung in der Zeit der nationalen Auseinandersetzung im 19. Jahrhundert. Damals bestand in Nordschleswig die Gefahr, daß dänische Sprache und dänisches Volkstum durch deutsche Einflüsse zurückgedrängt würden. Die unkluge preußisch-deutsche Politik in Nordschleswig nach 1880 hat diese Gefahr allen bewußt gemacht.²² Seit der Teilung Schlesiens im Jahre 1920 hat das Deutschtum Mühe, sich in Nordschleswig zu behaupten. Das dänische nationale Wollen des 19. Jahrhunderts wird aber nun nach Südschleswig hineingetragen.

Hier sind die Verhältnisse jedoch völlig anders. Abgesehen von den wenigen Dörfern um Medelby gibt es in Südschleswig kein bodenständiges plattdänisches Volkstum mehr, an das die dänische Arbeit anknüpfen könnte.²³ Nicht umsonst ist erst kürzlich das Suchen nach unbezweifelbar dänischen Überresten — wie etwa Flurnamen — mit dem Suchen nach Petrefakten (Versteinerungen) verglichen worden.²⁴ Bedrohtes dänisches Volkstum — der Kern der nationalen Frage im 19. Jahrhundert in Nordschleswig — gibt es in Südschleswig nicht. Das Identitätsproblem der der westgermanischen Sprachfamilie angehörenden Friesen gehört in den gesamtfriesischen Zusammenhang von Holland bis Schleswig-Holstein hinein und hat mit dänischem (nordgermanischem) Volkstum eigentlich nichts zu tun.

Die Grundlagen der dänischen Arbeit in Südschleswig sind also nicht (mehr) vorhanden und müssen erst geschaffen werden. Daß eine reale Grundlage durchaus entbehrlich ist, zeigt unzweideutig die Einbeziehung des Gebietes südlich der Schlei-Danewerk-Linie, in der Dänen nie gesiedelt haben, sondern das immer niederdeutsch bestimmt war. In der kürzlich erschienenen dänischen Eckernförder Stadtgeschichte wird das Vorhandensein einer ansehnlichen (nach 1945 entstandenen) dänischen Minderheit Eckernfördes und das Fahnden nach Verbindungen mit Dänemark in der Geschichte im Zusammenhang gesehen.²⁵

Deutlich wird das Irreale der Vorstellung von einem „an sich dänischen Südschleswig“ auch daran, daß der Schwerpunkt der dänischen Minderheit in der Stadt Flensburg liegt, einer Stadt, in der schon jahrhundertlang vor 1870 die deutsche Sprache dominierte und die seit 1870 durch Zuzug aus dem Reichsgebiet entscheidend verändert wurde und wird.²⁶ Ganz anders als das Deutschtum in Nordschleswig hat das Dänentum in Südschleswig keine nennenswerte Grundlage in der bäuerlichen Bevölkerung.²⁷

Die nachträgliche Rechtfertigung politischer Wunschvorstellungen mit geschichtlichen Argumenten ist eine häufig zu beobachtende Erscheinung; sie ist in jüngster Vergangenheit bei den uns geläufigen großen Ideologien besonders deutlich sichtbar. Die mangelnde Verbindung mit einem lebendigen Dänentum kennzeichnet die dänische Wunschvorstellung von einem dänischen

Südschleswig bis zur Eider als eine ideologische. Die Lehrer, Pastoren und sonstigen reichsdänischen Träger der dänischen Kulturarbeit in Südschleswig sind oft an diese ideologischen Vorstellungen gebunden und betrachten ihre Arbeit als eine Art Mission.²⁸ Es ist nicht Überraschendes an dieser Feststellung. Denn die Begegnung an der deutsch-dänischen Grenze und auch die Auseinandersetzung um dieselbe hat sich immer in den Formen der jeweiligen Zeit abgespielt: innerhalb dynastischen, ständischen, absolutistischen,²⁹ liberalen, nationalen und neuerdings eben weltanschaulichen Denkens.

Zweifellos erscheint dem deutschen Beobachter die nationale dänische Argumentation um Südschleswig antiquiert-nationalistisch. Die geschichtlichen Vorstellungen sind jedoch sekundär. Sie sind lediglich nachträglich eingezogene Stützen. An erster Stelle steht die geglaubte Überzeugung, daß Südschleswig und seine Menschen eigentlich und ursprünglich dänisch sein müßten.

Dem Deutschen, der im Grenzland lebt und den negativen Schritt, den Schritt vom Deutschen weg tun will, kommt also eine dänische Mission entgegen, die ihm die Vorstellung vermittelt, das Land, in dem er lebt, sei eigentlich dänisch. Kennzeichnend für Ideologien ist, daß ihre Lehren nicht unbedingt vom Verstand überprüfbar zu sein brauchen. Das gilt auch in diesem Fall. Eigenes dänisches Bewußtsein oder aber genaue Kenntnisse von Gegenwart oder Geschichte der Grenzregion sind nicht nötig, unter Umständen werden sie anscheinend sogar als hinderlich betrachtet.³⁰

Die Motivverschiebung

Die Konversion vom Deutschen weg zum Dänischen setzt sich aus mehreren Schritten zusammen. Der erste Schritt ist ein negativer: weg vom Deutschen; der zweite ein positiver: hin zum Dänischen; der dritte gilt der Rechtfertigung des vorgenommenen Schrittes. Denn die negativ geprägten Gründe reichen dem bewußten Ich nicht aus. Es ist, wie wenn ein Zensor unter den Vorstellungen, die ins Bewußtsein streben, eine strenge Wahl vornimmt und nur das weiterleitet, was das Ich positiv berührt. Diese Positiv-Vorstellungen werden dem dänisch-ideologischen Angebot, der Lehre von dem dänischen Charakter Südschlewigs entnommen. Dieses „Widerstandsphänomen“, wie es in der Psychoanalyse genannt wird, ermöglicht es — um ein extremes Beispiel zu nennen —, daß jemand, der 1946 in der Hoffnung der dänischen Minderheit beigetreten ist, daß er nicht so zu hungern brauchte, 1980 der Überzeugung ist, in ihm sei damals sein verborgenes urdänisches Wesen entdeckt worden. Es ist ein ähnliches Phänomen, wie wenn viele ältere Zeitgenossen subjektiv ehrlich ihre eigene Verstrickung in die nationalsozialistische Ideologie nicht mehr erkennen können, ja unter Umständen sich nachträglich als Gegner begreifen. Es ist ein allgemeines menschliches Phänomen und zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen zu

finden: Die Vernunft steht dem Menschen nur in gewissem Umfang zur Verfügung; sie hat einen ständigen Kampf mit affektiven Erinnerungen zu bestehen.³¹ Jedem, der die Verhältnisse im Grenzland genau kennt, ist dieses Phänomen der „Motivverschiebung“, wie es hierzulande meist genannt wird, geläufig.³²

Das Schleswigertum

Das ideologische Schleswigertum hat also eine recht interessante und komplizierte Struktur. Man muß unterscheiden zwischen der ideologischen Überzeugung an sich, die hochmodern und durchaus werbewirksam ist, und der geschichtlichen Begründung, die dem 19. Jahrhundert und der damaligen Auseinandersetzung um Nordschleswig entnommen ist und daher auf die, die die Verhältnisse in Südschleswig im 19. bzw. 20. Jahrhundert kennen, antiquiert wirkt. Die im Dienst des „Slesvigismus“ stehende geschichtliche Argumentation³³ ist dem Fachmann leichter erkennbar als dem interessierten Leser. Sie entlarvt sich dem kritischen Leser allerdings durch ihre Einseitigkeit. Auf Objektivität kommt es gar nicht an: Die geschichtliche Begründung hat andere wichtige Funktionen. Sie dient dem „gelernten Schleswiger“ nicht nur zur nachträglichen Rechtfertigung der nationalen Konversion. Sie dient ihm vor allem auch zur Absicherung: Das Verlangen nach ideologischer Versteifung erklärt sich aus dem psychologischen Verlangen, seine Persönlichkeit einheitlich zu ordnen und gegen jede Infragestellung, vor allem von seiten der durch die Konversion abgestreiften alten Bindungen, welche die eigene Struktur bedrohen können, abzusichern. So ist es zu erklären, daß das „parteiliche Geschichtsbild eines dänischen Schleswigers“, eines Jens Jessen, auch jetzt noch aktuell sein kann: Ihm war „ein Geschichtsbild, das eine strahlend helle dänische Vergangenheit im Gegensatz zu einer finsternen preußisch-„deutschen“-Gegenwart lieferte, von existenzieller Notwendigkeit.“³⁴ Soweit Tendenzen auf Abschottung oder gar Gegensatzhaltungen in der Politik der dänischen Minderheit zu beobachten sind, entstammen sie weitgehend der Rücksicht auf die „gelernten Schleswiger“ und den „Slesvigismus“. Der „gelernte Schleswiger“ mit seinem „Slesvigismus“ ist also im Grunde ein Mensch, dessen Bewußtseinszustand sich in einer nationalen Konversion befindet.

Das Schleswigertum zwischen dänisch und deutsch

Die Übernahme dänischer politischer Denkformen

Die dänische öffentliche Meinung steht der Bundesrepublik Deutschland und damit auch dem Land Schleswig-Holstein vorwiegend kritisch, oft ablehnend gegenüber.³⁵ Die — sehr interessante — Analyse der Gründe dieser Haltung kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht gebracht werden, da sie an sich mit der Grenzlandproblematik wenig zu tun hat. Pauschal, und damit natürlich nur sehr grob, kann man vielleicht sagen, daß besonders alle Regungen, die in Richtung

auf ein Wiedererwachen deutschen Selbstbewußtseins deuten, und solche Regungen, die konservativ einzuordnen sind, oder auch sichtbar werdende Mängel der deutschen parlamentarischen Demokratie (der Bundesrepublik Deutschland) mit mangelnder Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit des südlichen Nachbarstaates in Verbindung gebracht werden — verständlich, wenn man z. B. an die unterschiedlichen Größenordnungen und an die dänischen Erfahrungen mit seinem südlichen Nachbarn vor 1945 denkt. Bei der Bundesrepublik Deutschland treten mehr die negativen Züge hervor. Andererseits werden bei der Deutschen Demokratischen Republik oft mehr die positiven Seiten herausgestellt.

Diese vorwiegende Grundhaltung der dänischen Meinungsbildung ist seit den sechziger Jahren von dem dänischen südschleswigschen Presseorgan „Flensborg Avis“ und früher auch der „Südschleswigschen Heimatzeitung“ übernommen worden. Die Zeitung hat in der innerdeutschen Auseinandersetzung eindeutig Stellung bezogen. Die kritische Haltung gegenüber der deutschen parlamentarischen Demokratie, der eine vollkommene dänische Demokratie gegenübergestellt wird, war bis vor kurzem ein Dauerthema der Zeitung, die ja das Sprachrohr dänischer Meinungsäußerung in Südschleswig ist.³⁶ Die vom Phänomen des Nationalsozialismus her gesehene kritische Wertung der Bundesrepublik Deutschland wurde zeitweise auch auf die deutsche Vergangenheit ausgedehnt. Der Höhepunkt dieser Gesamteinstellung des Minderheitenpresseorgans kann im Jahr 1979 gesehen werden.³⁷

Da die dänische staatliche Wirklichkeit als Ganzes akzeptiert wird, die deutsche staatliche Wirklichkeit als Ganzes kritisch oder ablehnend betrachtet wird,³⁸ ist es möglich, auf der einen Seite dänische dynastische, nationale und demokratische Tendenzen zu einem Positivum zu verbinden — sozusagen als Gesamtangebot, andererseits die Fragwürdigkeit deutschen staatlichen Lebens im Grenzland zu verdeutlichen.

Die Haltung des dänischen Presseorgans war also auf das Phänomen des „gelernten Schleswigers“ gerichtet. Sie motivierte den negativen Schritt von der deutschen staatlichen Realität fort und stellte das dänische Angebot vor. Sie möchte wohl auch heute noch all die Bürger ansprechen, denen der bundesrepublikanische Alltag als zu wohlstandsorientiert, als zu materialistisch nicht gefällt, oder die nach einer Sinnggebung suchen. Es gehört zum Reichtum unseres Grenzlandes, daß außer dem Angebot der verschiedensten politischen, gesellschaftlichen und religiösen Gruppierungen auch die dänische Minderheit etwa dem angesichts der pluralistisch-unübersichtlichen Gesellschaft der Bundesrepublik suchenden jungen Menschen eine Sinnggebung bietet.

Risiken und Folgen dieser Übernahme

Der Vorteil dieser Verfahrensweise besteht darin, daß auf dem Weg über den „gelernten Schleswiger“ und seinen „Slesvigismus“ neue Anhänger gewonnen werden können, ganz gleich, woher sie stammen. Das Risiko andererseits ist recht gering, aber darstellenswert, weil seine Gründe interessant sind. Es ist nämlich ein Unterschied, ob die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik von reichsdänischer Seite oder von seiten der dänischen Minderheit in der oben kurz umrissenen Form betrachtet wird. Man gesteht zum Beispiel der reichsdänischen Presse eine weitgehende Unkenntnis der deutschen Geschichte eher zu.³⁹ Die reichsdänische Vorstellung, daß die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik im Grunde durch mangelnde Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit gekennzeichnet ist, hat auch eine andere Qualität als die gleiche Feststellung im Presseorgan der dänischen Minderheit südlich der Grenze,⁴⁰ deren weit überwiegende Anhängerzahl erst nach 1945 für die dänische Bewegung gewonnen wurde.

Wenn man einmal von Unrechtstaten absieht, deren Sühne — sicher unvollkommen genug — der deutschen Strafjustiz zustand, dann ist es sehr umstritten, was man im einzelnen unter der „Bewältigung der Vergangenheit“ zu verstehen hat. Eines ist aber bei dieser Forderung unbestritten: Man muß sich zum Guten und zum Bösen in der jüngeren deutschen Geschichte bekennen und aus dem Eigenbewußtsein der Schuldhaftigkeit des Menschen heraus versuchen, verantwortlich zu handeln. Insofern ist die deutsche Minderheit in Nordschleswig dieser Forderung weitgehend gerecht geworden. Sie hat sich nach 1945 weiterhin zum deutschen Volk bekannt. Und sie hat sich — ausgehend von der auch aus der Situation zu wertenden Loyalitätserklärung — konsequent bemüht, die tiefen Gräben zur dänischen Mehrheit einzuebnen und ein menschliches Miteinander im Alltag anzustreben.

In Südschleswig hat die oben geschilderte Haltung der Minderheitenpresse in dem letzten Jahrzehnt dazu geführt, daß das Image der Minderheitenzeitung, das sie sich nach 1933 bei interessierten Deutschen im Grenzland erworben hatte, Verluste hinnehmen mußte.⁴¹ Denn einerseits haben diese Deutschen sich der Aufgabe nach 1945 gestellt, eine — sicher unvollkommene — deutsche parlamentarische Demokratie aufzubauen, zum anderen kennen sie die Mitgliederzusammensetzung der dänischen Minderheit.

Die Folge ist eine seit einigen Jahren deutlich werdende Distanzierung. Es hat im Grenzland in letzter Zeit eine Reihe von Irritationselementen gegeben:

Die Vorwürfe mangelnder Hilfsbereitschaft (Humanität) bei der Schneekatastrophe;⁴² die Auseinandersetzungen um die Fährlinie Röm—Sylt, nachdem die Flensburger Fördereederei die Linie gekauft hatte,⁴³ die Gleichsetzung der Wahlpropagandafinanzierung der deutschen Parteien mit den Methoden von Goebbels Reichspropagandaministerium;⁴⁴ die Affäre mit dem

Programmcchef Kaj Bruun,⁴⁵ die Wahlrechtsänderung im Schleswig-Holsteinischen Landtag;⁴⁶ die Auseinandersetzung um den Kandidaten von Slesvigsk Parti, Wilhelmssen, bei der Folketingswahl,⁴⁷ die heftigen Angriffe angesichts der beinahe entscheidenden Rolle des Abgeordneten des SSW bei der letzten Landtagswahl; die Bemerkung von Jörgen Petersen in Tingleff, daß ein Mitglied von Slesvigsk Parti nie Aussicht haben wird, Bürgermeister zu werden;⁴⁸ der Kauf eines Bauernhofes in Nordschleswig durch einen Angeliter Bauern;⁴⁹ das Erscheinen von „Slesvigland“,⁵⁰ die Stellungnahmen der drei zuständigen schleswig-holsteinischen Verbände zu dem Erscheinen von „Slesvigland“.⁵¹

Daß diese Irritationselemente nicht als Störungen eines erstrebten harmonischen Verhältnisses, sondern als Symptome noch bestehender Gegensätze empfunden werden, ist auf die in den letzten Jahren zu beobachtende Distanzierung zurückzuführen.

Die schleswig-holsteinische Realität

Die Vorstellung, daß ganz Schleswig bis zur Eider eigentlich dänisches Land sei, entstammt dem Arsenal dänischen nationalen Denkens im 19. Jahrhundert. Jedes menschliche leidenschaftliche Engagement hat nicht nur einen positiven Gehalt (der Zuordnung und Engagement ermöglicht), sondern auch einen negativen Teil (der Abgrenzung und Aggression ermöglicht). Den Negativpart der dänisch-nationalen Vorstellung spielt der schleswig-holsteinische Gedanke bzw. der Schleswig-Holsteiner. Das Bundesland Schleswig-Holstein ist — im Gegensatz zu Schleswig — eine staatliche Realität. Es gibt auch eine schleswig-holsteinische Geschichte mit einer beachtlichen Forschungstradition. Wie Dänen diese Realität zur Kenntnis nehmen, ob sie zum Beispiel erkennen, daß der „Sønderjyde“ und der „Schleswig-Holsteiner“ spiegelbildlich einander ähneln, ist ein untrügliches Kennzeichen, wieweit ihr Denken von dem nationalen Engagement des 19. Jahrhunderts beherrscht wird.⁵² Das Besondere ist aber, daß diese dänisch-nationale Abneigung in Schleswig-Holstein heute sozusagen ins Leere stößt.

In Schleswig-Holstein war vor 1933 eine entsprechende emotionale Abneigung gegen Dänemark vorhanden. Sie ist inzwischen verschwunden. Bei dem sich nur zögernd — gar widerstrebend — entwickelnden Staatsbewußtsein der Bürger der Bundesrepublik Deutschland gibt es ja kaum noch ein Nationalgefühl, geschweige denn eine Art von schleswig-holsteinischem Nationalismus. Der Schleswig-Holsteiner hat nichts mehr dagegen, wenn der Danebrog und die blau-weiß-rote Flagge nebeneinander wehen. Wenn der Danebrog vor Gebäuden der Minderheit täglich zu sehen ist,⁵³ gibt es keine Proteste. Die dänischen Besucher Schleswig-Holsteins werden als solche empfunden, ohne daß politische Ressentiments wach werden. Für Dänen, die in eiderdänischer Gegensatzhaltung leben, ist das

manchmal unverständlich.⁵⁴ Auch dies ist aber — sicher größtenteils ungewollt — ein Teil der „Bewältigung der Vergangenheit“. Nationales Engagement, vor allem nationaler Haß sind von dieser Seite her kaum noch denkbar.

Dieser an sich für die Abgrenzung des „Slesvigismus“ so notwendige, aber gar nicht mehr vorhandene schleswig-holsteinische Nationalismus als „preußisches Erbe“ macht eigentlich eine Auseinandersetzung im Grenzland zu einem Treppenwitz der Weltgeschichte.

Die Befürchtung oder Erwartung, daß aus der in den letzten Jahren zu beobachtenden Distanzierung ein „Grenzkampf“ oder eine „nationale Auseinandersetzung“ werden könne,⁵⁵ ist daher substanzlos, denn einer allein oder eine Partei kann nicht kämpfen. Dazu gehören immer zwei.

Stellungnahme der Verfasser

Der Verfasser und seine Partner — deren Engagement wahrlich nicht in erster Linie der Grenzlandproblematik gilt⁵⁶ — bedauern schon die fühlbar gewordene Distanzierung. Sie sind (mit einer Ausnahme) im Grenzland aufgewachsen. Zu den Jugenderinnerungen gehören Dänen, nicht unverbindlich, sondern in der Ausprägung einer Persönlichkeit, der noch jetzt Verehrung gilt und die das Bild vom dänischen Nachbarn für die Lebenszeit positiv geprägt hat. Die Tragik erfahren zu haben, daß innerhalb ihres Lebenskreises dänische Mitbürger ihr Kind für eine Sache hergeben mußten, die ihnen fremd und zuwider war, gehört ebenfalls zu den Erlebnissen, die sie ihr Leben hindurch begleiten wird. Freundschaft, Kollegialität, sachbezogene, fördernde und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Dänen und dänisch gesinnten Mitbürgern gehört zu den Erfahrungen, die sie nicht missen möchten. Sie möchten auch in Zukunft nicht darauf verzichten. Sie meinen, daß sie mit liberaler Handhabung auch in ihrem Arbeitsbereich weitergehen sollten, als es in Nordschleswig von dänischer Seite gegenwärtig noch möglich ist — nicht zum mindesten im Sinn einer „Aufarbeitung der Vergangenheit“, die den Menschen wichtiger nimmt als seine politisch-andersartige Überzeugung. Sie fühlen sich auch weiterhin der ganzen Bevölkerung verpflichtet und werden sich weiterhin bemühen, bei aller Wahrung ihres Standpunktes ideologische Klischees aller Art zu vermeiden und unbeeinflußt von atmosphärischen Schwankungen auch der dänischen Komponente in der Geschichte unseres Grenzlandes gerecht zu werden.

ANMERKUNGEN

- 1 Zur Orientierung aus schleswig-holsteinischer Sicht:
Alexander Scharff: Schleswig-Holsteinische Geschichte, ein Überblick. Würzburg 1966 ²
O. Brandt/W. Klüver: Geschichte Schleswig-Holsteins, ein Grundriß. Kiel 1976 ⁷, mit weiterführenden Literaturangaben.

Flensburger Arbeitskreis: Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, in IPTS Beiträge für Unterricht und Lehrerbildung Nr. 2 und 14, Teil I 1977, II 1980.

Aus dänischer Sicht:

Sønderjyllands Historie, hg. von V. La Cour, K. Fabricius, H. Hjelholt u. H. Lund. Bd. 1-5. Kopenhagen 1930 f. (Das schleswig-holsteinische Gegenstück ist nur in Bruchstücken erschienen.);

Troels Fink: Geschichte des Schleswigschen Grenzlands. Kopenhagen 1958. Demnächst erscheint eine Geschichte Schleswig-Holsteins im Rahmen von Danmarks Historie in zwei Bänden von H. Valdemar Gregersen und Lorenz Rerup.

- 2 Erich Hoffmann: Die Abstimmung 1920 — und wo stehen wir heute?

In: Grenzfriedenshefte Nr. 2, 1980, S. 63 f.

- 3 Eine zusammenfassende Darstellung der Sprachentwicklung gibt es nicht. Man kann sich aber orientieren an Hand von C. F. Allen: Det danske Sprogs Historie, Bd. I und II. Kopenhagen 1857 und 1858.

J. G. Adler: Die Volkssprache in dem Herzogtum Schleswig seit 1864.

In: ZSHG Bd. 21, 1890, S. 1 f.

Paul Selk: Die sprachlichen Verhältnisse im deutsch-dänischen Sprachgebiet südlich der Grenze. Flensburg 1936.

Otto Schütt: Die Geschichte der Schriftsprache im ehemaligen Amt und in der Stadt Flensburg bis 1650. Flensburg 1919.

Karl Nielsen Bock: Niederdeutsch auf dänischem Substrat. Marburg 1933.

Hans Valdemar Gregersen: Plattysk i Sønderjylland. Odense 1974.

- 4 Zum Sprachwechsel: Paul Selk: Die sprachlichen Verhältnisse. S. 153 f.

- 5 Die Erscheinung ist allgemein bekannt. Nachzulesen z. B. in Leserbriefen FA 16. 1. 1981, 27. 1. 1981 (Diebner).

- 6 Ihr Motiv, das im allgemeinen mit dem Begriff „Loyalität“ umschrieben wird, ist als Anhänglichkeit an die Dynastie zu definieren: Es ist die Anhänglichkeit an den ehemals absoluten König, die erst sekundär zur nationalen Entscheidung führte.

- 7 Die folgenden Wahlergebniszahlen sollen Tendenzen auf zeigen und sind nur als Annäherungswerte aufzufassen. Die Einzelumrechnung auf die heutige politische Gliederung Südschleswigs würde generell zwar kein anderes Bild ergeben, jedoch präzise Vergleichszahlen liefern.

- 8 Den Vergleich ermöglichen die vorliegenden Arbeiten:

Gerd Vaagt: Der Zuzug von Neubürgern in die Stadt Flensburg im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung von 1845 bis 1866.

Hs. msch.schr. Staatsexamens-Arbeit. Kiel 1958.

Flensburg in Geschichte und Gegenwart. Flensburg 1972. III 3.

Flensburg. Atlas, Flensburg 1978. Nr. 42.

- 9 In der Zahl der dänischen Wähler bei der Kommunalwahl 1933 sind die Protestwähler gegen die nationalsozialistische Machtergreifung enthalten. Vgl. hierzu den Artikel von Peter Hattesen in FA 18. 6. 1945. Aus deutscher zeitgenössischer Sicht: FN 4. 3. 1933. Zu den Lebensbedingungen der Minderheit unter dem Nationalsozialismus vgl. Knud Kretzschmer: Sønderjyske Noter, Kopenhagen 1936; eine wissenschaftliche Untersuchung über dieses Thema wird demnächst von der Studiefdeling der Dansk Centralbibliotek in Flensburg herausgegeben werden.

- 10 Eine gute Quellenbasis für die in der Folge aufgeführten Motive findet man in Karin Johannsen-Bojsen: Som vi ser os selv, in: Grænseforenings årbog 1981, S. 6f.
- 11 Franz Wingender: Et illegalt arbejde i Sydslesvig. In: Iul 1966, Flensburg Amt.
- 12 Abgewandelt entnommen Flensburg, Geschichte einer Grenzstadt. SFSt Nr. 17. Flensburg 1966. S. 457 f. Aus dänischer Sicht, aber aufschlußreich Niels Bøgh-Andersen: Forstander på Jaruplund 1978, S. f.
- 13 Zur Handhabung dieser Zuwendungen, auch zur Einführung von Sperrfristen für neue Mitglieder s. Flensburg Bys Historie. Bd. 2. Kopenhagen 1955, S. 375 f.
- 14 Aktstykker vedr. det Sydslesvigske Spørgsmaal, udg. af Udenrigsministeriet. Kopenhagen Bd. I, 1947, Nr. 33 (rückübers. aus dem Dän.).
- 15 Eine summarische Darstellung von Klaus von See in: Deutsche Germanen-Ideologie. Vom Humanismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1970.
Er setzt die Pervertierung in den Jahrzehnten vor 1945 als Wertmaßstab für die Gesamterscheinung (seit dem 16. Jahrhundert) schlechtweg und überträgt diese negative Wertung auf die gleichlaufende Entwicklung des deutschen Nationalgefühls.
- 16 Siehe die auf S. 9 wiedergegebene Denkschrift als Beispiel.
- 17 Der Stand der gegenwärtigen Diskussion (und deren Schwierigkeiten) sind übersichtlich zu erkennen an Hand von: Heimat heute, Studienführer und Textsammlung, Tübingen 1980.
- 18 Siehe Alexander Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. München 1968.
- 19 Die Selbstverwirklichung des Menschen in konzentrischen Kreisen als konstitutives gesellschaftliches Verhalten ist ein zentrales Thema der Soziologie seit Ferdinand Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft. 1887. Man sieht aber heute, daß nicht nur nach der Zuordnung zwecks Selbstverwirklichung gefragt werden darf, sondern auch nach Konflikten, die aus der Zuordnung resultieren. In diesem Zusammenhang sind Familie und Staat zugunsten der Sozialschichtung und der zwischen diesen vorhandenen Gegensätze relativiert worden. Die Literatur zu diesem Komplex ist unübersehbar. Wer sich aber für ein umfassendes europäisches Bewußtsein einsetzt, steht der traditionellen Soziallehre näher und der marxistischen ferner, er müßte dann auch die Funktion der anderen, kleineren Lebenskreise erkennen.
- 20 Ein gutes Beispiel hierfür ist der Leserbrief von Paul Sethe in NS 5. 11. 1980. „Und weil Grenzen in Westeuropa immer unsinniger werden, wird auch jede Diskussion darüber immer lächerlicher.“
- 21 Entnommen Flensburg, Geschichte einer Grenzstadt. S. 460.
- 22 Vergleiche in diesen Zusammenhängen den Aufsatz von Erich Hoffmann. 1920, S. 66f.
- 23 Knud Fanø in FA 20. 1. 1966: „I Flensburg er det tyske sprog klar dominerende, men der er næppe nogen forretning, hvor man ikke kan blive betjent på dansk. Det kedelige er, at forbindelsen med folkemålet er blevet brudt i Flensburg. Det kommer af, at folkemålet intet sted har været så ugleset som i Flensburg.“
Vgl. auch die Auseinandersetzung um die Rolle des Plattdeutschen: „Måske modersmålet, men aldrig vort sprog!“ FA 14. 1. 1981.
- 24 FA 15. 11. 1980, Bericht von Propst Karstoft: „Versteinerte Seeigel, gefunden am Ostseestrand, wanderten von Hand zu Hand. „Tot wie Stein“ waren die früheren Lebewesen, doch die Musterungen verrieten, um was es sich handelte. „Ähnlich erging es uns mit den Orts- und Flurnamen im Landesteil Schleswig ...“.

- 25 Egernförde bys historie. Flensburg 1980, S. 8: Eckernförde hatte „gennem tiderne ... vigtige forbindelser mod nord og rummer et ganske livskraftig dansk mindretal“.
- 26 Über die Geschichte der Stadt Flensburg sich einigermaßen zuverlässig zu informieren, ist einfach, da es eine dänische und eine deutsche Stadtgeschichte gibt: Flensburg Bys Historie, 2 Bde. Kopenhagen 1953 und 1955. Flensburg, Geschichte eine Grenzstadt, SFSt Nr. 17, Flensburg 1966.
- 27 Karl Weigand: Die Sozialstruktur der deutschen und der dänischen Minderheit im Jahre 1965. Grenzfriedenshefte 1966, S. 237 f.
- 28 Einprägsam wurde diese Wunsch- und Glaubensvorstellung anlässlich der deutschdänischen Tage 1980 vorgelegt: Die Einführung zur Ausstellung Grænselandet i gamle kort og bybilleder. Dansk Centralbibliotek v. 17. bis 28. 11. 1980, war lediglich eine Formulierung der geglaubten Überzeugung, daß ganz Schleswig eine dänische Landschaft sei, die anderen dänischen Landschaften gleichgestellt werden könne. Vgl. auch Johs. Hoffmeyer: „... Sydslesvigerne er til gengæld en dansk folkedel i Vesttyskland med ideologisk tilknytning til Danmark og Norden.“ FA 20. 1. 1981.
- 29 Zur näheren Orientierung möge man die unter Anmerkung ¹ genannte Literatur heranziehen. Zur absolutistischen Motivation vgl. des kleine Beispiel auf S. 6 (u. Anmerkung ⁵).
- 30 Im Gegensatz zu früherem Brauch ist Dansk Centralbibliotek dazu übergegangen, in ihrem Wegweiser: Grænselandet, et udvalg af nyere litteratur, 1980, nur noch dänische Literatur aufzuführen. Das kann nur so gedeutet werden, daß es als Nachteil angesehen wird, wenn der Leser die Möglichkeit erhält, sich durch den Vergleich zwischen schleswig-holsteinischen und dänischen Forschungsergebnissen und Darstellungen ein eigenes Urteil zu bilden.
- 31 Am besten ist dieses Verhalten bei der professionellen Konversion zu beobachten. Selbstredend ist der „Slesvigismus“ nicht identisch mit einer Konfession, beide können jedoch im übergeordneten Begriff des „irrationalen obersten Bezugssystems“ subsumiert werden. Vgl. hierzu Robert H. Thouless: An introduction to the psychology of religion, Cambridge 1973 ³. S. 105: „A similar process may occur in a non-religious setting, resulting in a change of mind, to which we are inclined to apply the same name.“ Thouless unterscheidet zwischen intellectual, moral und social conversion (social = the primary change from one system of loyalties to another; moral = the type of conversion ... in which the convert gives up a sinful way of life and accepts the way of righteousness; intellectual = the essential conflict ... between two systems of thought). Vgl. auch dazu Antoine Vergot: Religionspsychologie, Olten 1970, S. 285 f. Weitere Literatur in diesen beiden Handbüchern. Zu dieser Frage, besonders auch im Hinblick auf die Rolle der Sprache vgl. Rolf Küssner: Sprogforbistringer, FA 28. 4. 1980.
- 32 Zuerst präzise beschrieben von Richard Schenck: Soziale Einflüsse auf die Entscheidung in Schleswig, Grenzfriedenshefte 2/1954, S. 5 f.
- 33 Slesvigland, Jg. 1, 1980, S. 191: „Slesvigland“ ser det som sin opgave at styrke den slesvigske identitet.“
- 34 Johann Runge: Das parteiliche Geschichtsbild eines dänischen Schleswigers, Grenzfriedenshefte 1978, S. 100.

- 35 Die Attraktivität Dänemarks für (junge) Deutsche, das schlechte Image der Bundesrepublik bei jungen Dänen andererseits — beides medienabhängig zu werten — werden z. B. deutlich bei einer „Kleinen Schülerumfrage“, die das Deutsche Kulturinstitut 1977 durchführte. NS 10. 1. 1981. Vgl. hierzu auch NS 3. und 4. 3. 1981.
- 36 Ein Nachweis erübrigt sich, weil jedem Leser geläufig. Seit einiger Zeit deutet sich ein Tendenzwandel an.
- 37 Genauer kann eine wissenschaftliche Untersuchung über das Thema „Das Bild der Deutschen und der Bundesrepublik Deutschland in der dänischen Grenzland- Presse am Beispiel des Jahres 1979 und dessen Zwecksetzung“ erbringen.
- 38 Ein Beispiel für viele: „Den vesttyske mangel af gensidig respect og på et fælles syn på frihed, sandhed og ret“. FA 27. 9. 1978.
- 39 Nur ein kleines Beispiel:
Der Ausdruck „Bismarcks stortyske kejserrige“ ist in der dänischen Presse häufig zu finden. Er ist Ausdruck dafür, daß in Dänemark die Zeit von 1864 bis 1945 einheitlich negativ gesehen und bewertet wird. Im Grenzland sollte man Rücksicht darauf nehmen, daß gewisse deutsche Geschichtskennntnisse noch in der Leserschaft vorhanden sind. Wenn derselbe Ausdruck in „Flensborg Avis“ auftaucht (zuletzt FA 17. 10. 1980), ist es mit dem Ernst bei der Lektüre ein wenig vorbei.
- 40 Auch hier ein Beispiel für viele:
Die Kennzeichnung des konservativen Politikers Otto von Habsburg als Vertreter von „hojeradikale aktiviteter“ mag in Reichsdänemark angehen. In Deutschland ihn mit dem Nationalsozialismus in Verbindung zu bringen, ist ein Lapsus (FA 6. 2. 1979).
- 41 Ein Vergleich der Abonnentenlisten, wenn sie noch vorhanden sind, wäre in dieser Hinsicht sicher aufschlußreich.
- 42 Vgl. z. B. FA 10. 1. 1979.
- 43 Der Konflikt war vielschichtig und zäh.
- 44 Vgl. FA 18. 7. 1980 „Vesttyske Demokratis pletter“ (= Schmutzflecken) von Niels Mølgaard.
- 45 Am 27. 4. 1980 erklärte Kaj Bruun, Programmchef von „Danmarks Radio“ in Tondern: „Die deutsche Vorkriegsgeneration verfälscht die Geschichte. Wenn kritische politische Kabarett-Sendungen im Rundfunk oder im Fernsehen ausgestrahlt werden sollen, dann verwandeln sich die deutschen Rundfunkanstalten in ein Sachsenhausen.“ NS 28. 4. 1980.
- 46 Es ist das einzige Irritationsmoment, das sich als Dauerbrenner erweist.
- 47 Vgl. hierzu Jahrbuch Nordschleswig 1980, S. 67 f.
- 48 Vgl. hierzu FA 10. 11. 1980.
- 49 FA 10. 11. 1980 „Intet storstilet vesttysk opkøb af landbrugsgaard i Nordslesvig.“
- 50 „Slesvigland“ erschien im Jahr 1980 in acht Heften (von April bis Dezember).
- 51 Die Stellungnahmen sind in ihrem Wortlaut kaum dazu angetan, Gegensätze zu schüren. Eine Wortfelduntersuchung (Wortfeld „Konflikt“) vermag das ohne weiteres objektivierend festzustellen, auch im Vergleich mit dem Wortlaut dänischer Reaktionen.
- 52 Als ein Beispiel von vielen für das Nicht-Kennen des Schleswig-Holsteiners kann man F. Rudbeck nehmen. (Zuletzt: FA 17. 1. 1981).
- 53 In Flensburg üblich.

54 Als anschauliches Beispiel, wie schwer es auch Dänen fällt, die gemäßigt-national in der Schleswig-Frage engagiert sind, die gegenwärtige Realität in Schleswig-Holstein richtig einzuschätzen, sei ein Bericht „Forunderlige Grænseland“ von Johannes Hoffmeyer hier wiedergegeben (FA 25. 7. 1980):

I Flensborg Avis kunne man forleden læse, at Rensborg ved Ejderens bred i en uge havde dannet ramme om et større sportsstævne med deltagelse af 340 unge fra byens venskabsbyer, Lancaster i England, Vierzin i Frankrig og Ålborg i Danmark. Optakten til stævnet var en kort march gennem byen, hvor de danske gæster bar dannebrog, og alle var klædt i røde træningsdragter, hvide tennissko og hvide huer.

Danskerne fik i følge referatet særligt bifald — „ikke mindst på grund af deres festlige påklædning. „De andre deltagere var iklædt forskellige træningsdragter. Sådan er ordene i det danske grænseblad, som uvilkårligt i min erindring genkalder et besøg i Rensborg først på sommeren.

Nu skal jeg ærligt indrømme, at jeg ved talrige besøg i Sydslesvig gennem årene altid er gået udenom Rensborg — vel på grund af et vist historisk ubehag, knyttet til begivenhederne i marts 1848, hvor de slesvig-holstenske oprør — eller skal vi kalde det rejsning? — tog sin begyndelse i Rensborg. Det var her stændeforsamlingen formulerede den slesvig-holstenske målsætning, som prinsen af Nør fuldbyrdede ved sit militærkup den 23. marts.

Det er vist sådanne følelser, tyskerne betegner som resentiments, som jeg ærligt vedkender mig, og som jeg først overvandt i år, og hvor jeg nu bagefter husker besøget — som en stor oplevelse, idet jeg fik grænselandets særlige atmosfære og nutid ind på livet som sjældent før.

Ouverturen var en overnatning på et hotel helt nede ved Ejderens bred hvor nattergalesang endda flere gange afbrød nattesøvnen. I byen, som har en dansk skole, forsøgte vi forgæves at få adgang til Sydslesvig Forenings mødehus, den gamle amtmandsgård, hvor Rensborgs danske aftenen for havde været samlet som indledning til årsmødet næste dag.

Rensborg havde vist sin danske nutid på baggrund af sin danske fortid, som byen har mange vidnesbyrd om.

Ved Paradepladsen ligger stadig Hovedvagten, som ganske vist nu er indrettet som restauration, men som samtidig „bevogtes“ af et tomt dansk skilderhus med Margrethe 2s initialer. På den anden side af pladsen ligger kommandantboligen, hvor Christian 7 døde- af skræk, ved synet af de spanske hjælpetropper, som senere kom for skade at brænde Koldinghus af. Fra et vindue på 1. sal blev Frederik 6 i det samme døgn udråbt til konge over det danske rige, som endnu i dette herrens år 1808 strakte sig fra Elben til Nordkap.

Historien taler unægtelig med store bogstaver i Rensborg. Mit gamle „ubehag“ blev i øvrigt momentvis styrket ved i museet at stifte bekendtskab med en kæmpestræstatue af grev Gerhard den Store — vores kullede greve, som Niels Ebbesøn gjorde et hoved kortere i Randers i 1340. Den sømbeslåede statur var blevet brugt som indsamlingsobjekt under 1. verdenskrig: et som for hvert bidrag.

På Paradepladsen var opstillet en buste af den slesvig-holstenske ideolog, Uwe Jens Lornsen.

Rensborg fornægter ikke sin fortid, men vedkender sig også sin nutid, hvad enten det

gælder det danske mindretals aktiviteter — venskabsforbindelsen til Ålborg — borgmesteren talte på dansk til de danske sportsfolk — eller byens NATO-hovedkvarter, der bekræfter det dansk-tyske våbenfællesskab — blot 40 år efter 9. april! Det var vel forklaringen på det omtalte skilderhus?

Vor rejsefælle søgte på museet oplysning om en fjern slægtning, som i sin tid i en lang årrække havde været den danske konges amtmand i Rensborg. Navnet blev beredvilligt slæet op i gamle folianter, men amtmandens sidste hvilested fandt vi ikke. Og nu i juli gik dansk ungdom i rødt og hvidt med dannebrog i spidsen gennem de gamle gader, fordi danske kongers monogrammer — tiljuble af rensborgerne — fortæller Flensborg Avis. Forunderlige grænseland, som stadig viser sine besøgende nye facetter, der bekræfter, at Sydslesvig er den mest spændende del af det gamle danske rige, både når det gælder fortid og nutid.

„Forunderlige grænseland“? (= seltsames Grenzland?) Es ist nichts Rätselhaftes in dem Verhalten der Rendsburger. Schleswig-holsteinisches Bewußtsein und Herzlichkeit gegenüber dänischen Besuchern vertragen sich seit den sechziger Jahren nicht nur durchaus, sondern sind die Regel. Das hat natürlich nichts damit zu tun, daß man in Schleswig-Holstein die Berechtigung dänisch-nationaler Vorstellungen von 1850 akzeptiert hätte.

55 Vgl. hierzu FA 28. 5. 1979.

56 Die hier vorgelegte Materie sollte lediglich in einem Abschnitt eines in Arbeit befindlichen Projekts: „Situation und Aufgaben der Landeskunde in Schleswig-Holstein“, gestreift werden. Die ausführlichere und präzisere Darstellung ist veranlaßt durch die neu erwachte Aktualität des Phänomens „Schleswigertum“.

FA = Flensborg Avis

FN = Flensburger Nachrichten

NS = Der Nordschleswiger

Ein Lösungsversuch des Nationalitätenproblems in Schleswig (II)

Nachstehend veröffentlichen wir den abschließenden Teil des Vortrages, den Herr Prof. Erich Hoffmann auf der Tagung „Nationale Identität und soziale Bewegung“ des Grenzfriedensbundes in der Akademie Sankelmark im September 1980 über einen „Lösungsversuch des Nationalitätenproblems in Schleswig“ gehalten hat. Er umfaßt die Zeit von der Volksabstimmung 1918-20 bis heute und schließt mit der positiven Feststellung: Auf beiden Seiten der Grenze hat man die Lehren der Geschichte beherzigt und vernünftige Bereitschaft gezeigt, das einst brennende nationale Problem zu einer haltbaren Lösung zu führen.

Die machtpolitischen Gewichte wurden dann durch den Verlauf und das Ergebnis des Ersten Weltkrieges schlagartig verändert, und die Schleswigfrage wurde dabei nach dem deutschen Zusammenbruch nun auch in der europäischen Großpolitik mit einem Schlage wieder aktuell.

Schon im Oktober 1918 wies der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Thorvald Stauning, den immer mehr politisches Gewicht gewinnenden Friedrich Ebert schriftlich darauf hin, es sei gut, wenn man deutscherseits die Initiativen zu einer gemeinsamen deutsch-dänischen Lösung des Schleswigproblems beginne, damit die siegreichen Alliierten nicht diese Angelegenheit an sich zögen. Die dänischen Sozialdemokraten wünschten eine gerechte Lösung: man wolle keine ausgeprägt deutschen Teile Schleswigs erwerben, denn dies werde sich in Zukunft nur als Unglück für Dänemark erweisen. Man müsse bei der Teilung Schleswigs exakt den nationalen Scheidungslinien folgen. Nicht viel anders dachte die linksliberale Regierung Zahle (dabei nicht zuletzt deren Außenminister Scavenius), die sich parlamentarisch auf die zahlenmäßig bereits etwas stärkere Partei Staunings stützte.

Auch H. P. Hanssen begann mit den schnell aufeinanderfolgenden deutschen Regierungen zu verhandeln, worauf der deutsche Staatssekretär Solf für die Reichsregierung in einem Schreiben Bereitschaft dazu erklärte, die Nordschleswigfrage im Sinne des Wilsonschen Programms, also nach dem Selbstbestimmungsrecht zu lösen. Dennoch kam es zu keiner bilateralen Lösung. Die Alliierten warnten drohend die dänische Regierung vor einem solchen Schritt; auch in der öffentlichen Meinung Dänemarks drängte man sie dazu, sich an Versailles zu wenden, und besonders eindringlich kam die Apenrader Resolution des Schleswigschen Wählerverbandes hinzu (16.-17. November 1918), worin die baldige Abstimmung in einem nordschleswigschen Block, begrenzt durch eine

Linie südlich Tondern, nördlich Flensburg gefordert, aber auch darauf hingewiesen wurde, daß Teile Mittelschleswigs mit Flensburg — wenn die Bevölkerung es wünsche — sich an der Abstimmung beteiligen solle.

Nur zu gern nahmen die Alliierten die Schleswigfrage ins Vertragswerk mit auf; und so entschied sich dann am 10. Februar 1920 in einer En-bloc-Abstimmung Nordschleswig mit rund 75 000 gegen 25 000 Stimmen für Dänemark, am 14. März die zweite Zone mit rund 52 000 deutschen gegen 13 000 dänische Stimmen für ein Verbleiben bei Deutschland.

Der Gedanke der En-bloc-Abstimmung Nordschleswigs war das Programm H. P. Hanssens. Die südliche Grenzlinie der 1. Zone war von seinem Freund Hans-Viktor Clausen schon um die Jahrhundertwende entworfen worden. Nach kulturellen, wirtschaftlichen und geographischen Gegebenheiten, wie er sie sah, glaubte er mit der heutigen Grenze eine sinnvolle Scheidelinie zwischen Deutsch und Dänisch gefunden zu haben. Hanssen machte sich dann die Clausen-Linie zu eigen und setzte sie politisch als Programm des Wählerverbandes durch. Er war der Ansicht, daß es unsinnig sei, auf die alte Eidergrenze oder auch nur die Einverleibung Flensburgs hinzuarbeiten. Selbst wenn es gelingen sollte, die im Laufe der Stadtgeschichte ja immer wieder merkantilen Gesichtspunkten in ihrer politischen Entscheidung folgenden Flensburger für den Augenblick zu gewinnen, würde sich Dänemark mit einem Erwerb der Stadt durchaus übernehmen. Bei einem Wiedererstarken Deutschlands würde man in Flensburg umschwenken, eine zum Deutschtum zurückgekehrte Bevölkerung würde zur Bildung einer starken Irredenta führen und damit in Zukunft den Besitz ganz Nordschleswigs gefährden. Die Clausen-Linie dagegen stellte für ihn eine sichere Position dar. Zwar würde es lokal deutsche Mehrheiten in Apenrade, Sonderburg, vor allem in Tondern und auch in manchen Landgemeinden im künftigen Grenzraum geben, aber diese Deutschen würde man in Zukunft im dänischen Volkskörper „aufsaugen“ können. Dieser Wille, durch eine En-bloc-Abstimmung auch deutsche lokale Mehrheiten mit nach Dänemark hineinzuziehen, um sie dann Schritt für Schritt zu absorbieren, zeigt Hanssen durchaus noch als einen dem nationalistischen Denken des 19. Jahrhunderts verhafteten Politiker. Denn Tondern etwa wies bei der Abstimmung eine stärkere Mehrheit für Deutschland auf als Flensburg. Wasserwirtschaftliche Begründungen für eine Einbeziehung Tonderns in die 1. Abstimmungszone — die durchaus umstritten sind — und die Feststellung, daß Tondern den hohen dänischen Mehrheiten seines westlichen Umlandes folgen müsse, wollen nicht recht überzeugen; im übrigen wies das östliche Umland Tonderns deutsche Mehrheiten auf. Hier bestand wohl eher die Überlegung, daß die verhältnismäßig kleinen nordschleswigschen Städte samt Tondern bei einer Isolierung nördlich einer neuen Staatsgrenze bei der stärkeren Mobilität einer Stadtbevölkerung verhältnismäßig schnell und auf Dauer danisiert

werden könnten. Dies alles spricht für exakte politische Überlegung, hat aber mehr mit nationalem „heiligen Egoismus“ als mit Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu tun.

Auf der anderen Seite beeindruckt jedoch zutiefst Hanssens kluge Einsicht, aus wohl erwogenen realpolitischen Erwägungen auf Flensburg und Mittelschleswig zu verzichten (oder gar auf die Schlei- oder Eidergrenze hinarbeiten), auch wenn es vielleicht anfangs möglich gewesen wäre, bei den Alliierten Unterstützung für eine abstimmungslose Abtretung Schlesiens an Dänemark zu gewinnen. Hier ist es interessant, wie einer seiner gewandtesten Gegner in den zwanziger Jahren, der deutsche Journalist und einflußreiche Grenzpolitiker Ernst Schröder, Hanssen als Politiker würdigt. Achtungsvolle, wenn auch durchaus kritische Charakterisierung durch den politischen Gegner pflegt für den Historiker stets ein nützliches Hilfsmittel zu sein, die Bedeutung eines Staatsmannes zu erkennen: „H. P. Hanssen ... war ... der gefährlichste Gegner des Deutschtums, weil er, ein kluger Politiker, niemals mehr erreichen wollte, als ihm möglich schien ... und weil er hinter sich das Denken und Fühlen und Wollen seiner nordschleswigschen dänischen Landsleute hatte ...“

Damit erweist sich Hanssen in der Beschränkung seines politischen Ziels als ein überaus reifer, maßvoller und kluger Staatsmann in einer Zeit, in der bei manchen Siegermächten das chauvinistische Rachegefühl hohe Wogen schlug. Er dachte mitten im Sieg schon an das Morgen; eine solche Haltung aber macht den wahren Staatsmann aus.

Doch im dänischen Lager herrschte keineswegs eitel Einigkeit. Die Erben Jessens, zu nennen sind vor allem wohl die Redakteure Ernst Christiansen und A. Svensson als die Köpfe dieser Bewegung, drängten darauf, die Danewerklinie der Gunst der Stunde abzurufen. Während durch fortwährende Zurückhaltung und Ablehnung der Regierung Zahle die schon in den Friedensvertrag durch Drängen einflußreicher dänischer und französischer Politiker aufgenommene 3. Abstimmungszone wieder gestrichen wurde, setzten Christiansen und seine Gesinnungsfreunde wenigstens die von Hanssen und der dänischen Regierung dann nur mit großen Bedenken gebilligte Forderung nach einer Abstimmung in einer 2. Zone in Mittelschleswig und Flensburg durch, die von der Versailler Konferenz mit großer Bereitwilligkeit entgegengenommen wurde. Auf sie und ihre einflußreichen Freunde in Dänemark ist vor allem der rücksichtslose Einsatz materieller Mittel und das Versprechen wirtschaftlicher Vorteile zur Stimmenwerbung für die dänische Sache zurückzuführen; die Regierung Zahle hatte hiermit jedoch nichts zu tun. Dazu wurde auch von den Kreisen der „Flensburg-Gruppe“ eine Propagandawelle in Bewegung gesetzt, die, wohl in einem säkularisierten Grundtvigianismus wurzelnd, in bemerkenswerter Penetranz die angeblich allein auf Dänemark weisenden Grundtendenzen der

schleswigschen Volksgeschichte herausstellte und alles Deutsche schonungslos abwertete. Diese „Verkündigung“ geschah fast im Ton religiöser Eiferer, so wie ja auch in den endenden vierziger Jahren noch einmal ähnliche nationale „Apostel“ in Südschleswig auftreten sollten. Man kann die Erbitterung auf deutscher Seite nur zu gut verstehen, als es möglich wurde, Lebensmittelgaben oder finanzielle Unterstützung zu erhalten, wenn man sich zur dänischen Seite bekannte, während die Masse der Bevölkerung noch unter den Folgen von Krieg und Hungerblockade litt.

Auf deutscher Seite fanden sich führende Politiker verschiedenster Richtungen in der schleswigschen Region und sonstige einflußreiche Personen im „Deutschen Ausschuß für das Herzogtum Schleswig“ zusammen. In der Stunde der Entscheidung zeigte es sich nun, daß in Nord- und Mittelschleswig die deutsche Bevölkerung durchaus zu eigenständigem Handeln zu mobilisieren war.

Immerhin, der politisch nicht geschärfte Blick führte bei manchen Wortführern des Deutschen Ausschusses oft zu dem Glauben, daß utopische Forderungen durchzusetzen seien, oder auch dazu, daß man realpolitisch wenig gesicherte Manöver unternahm. Im Grenzland breitete sich das Gefühl der Verlassenheit aus, das sich oft in meist ungerechter Weise gegen die wechselnden Regierungen in Berlin wandte, die sich mühsam gegen radikale Erhebungen von links und rechts behaupten mußten und sich mit vielen anderen aus dem Versailler Vertrag ergebenden komplizierten Fragen auseinanderzusetzen hatten. Die Schleswigfrage konnte nicht zum Mittelpunkt deutscher Außenpolitik werden.

Wie überall in Deutschland war auch hierzulande die Bevölkerung quer durch alle politischen Lager nach ersten Hoffnungsschimmern des Wilsonschen Programms durch die Härte der Bedingungen des Versailler Vertrages zutiefst verbittert. Man versteifte sich in scharfem Protest, ohne zunächst wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen. Die Größe der Niederlage wurde nicht gänzlich durchschaut. Man begriff auch nicht, daß eigenes Wunschdenken den harten Realitäten keinen Zwang auferlegen konnte. Im Deutschen Ausschuß selbst rangen Anhänger des früheren Deutschen Vereins mit solchen der Schmidt-Wodderschen Richtung um ein gemeinsames Programm. Immer noch gab es Stimmen dafür, daß jede Abtretung abzulehnen sei, da Dänemark ja nicht im Kriege mit Deutschland gestanden habe. So solle man auch in keine Volksabstimmung willigen, sondern den dänischen Bevölkerungsteilen zur Bewahrung ihrer Eigenart kulturelle Freiheiten gewähren.

Nach langen Auseinandersetzungen begriffen aber doch die meisten Mitglieder des Ausschusses, daß es hiermit allein nicht getan war. Das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht war eine Forderung des Tages, die nicht zu umgehen war. So kam es bei der Einigung auf ein gemeinsames Programm zu einem nicht ganz klaren Kompromiß. Zunächst bekannte man sich grundsätzlich zum

Selbstbestimmungsrecht. Dann protestierte man ebenso grundsätzlich gegen jede Möglichkeit einer Abtretung, forderte aber für den Fall, daß eine Abstimmung sich nicht vermeiden lasse, eine solche gleichzeitig für das gesamte Schleswig. Dies hätte aber einen sicheren deutschen Sieg bedeutet, der ganz Nordschleswig bei Deutschland belassen hätte. Für die eigene Seite war so auf einmal die „En-bloc-Abstimmung“ dann doch das Rechte, wenn sie Erfolg versprach. Sollte die Entente aber eine Abstimmung allein für den nördlichen Teil Schlesiwijs erzwingen, dann solle diese gemeindeweise erfolgen, und der Bedeutung dieser Entscheidung entsprechend sollte hier nach Ansicht des Deutschen Ausschusses nur bei einer Zweidrittelmehrheit für die dänische Seite an einen Übergang der betreffenden Gemeinden an Dänemark die Rede sein. Wenn eine solche Regelung nicht erreicht werden könnte, würde es am besten sein, wenn sich die deutschen Nordschleswiger durch Stimmstreik bei der Abstimmung der Stimme enthielten. Dies wäre nun zwar ein konsequenter Entschluß gewesen, aber er hätte jegliche Realität der damaligen politischen Situation beiseite gesetzt und wäre für eine freudige Solidarisierung deutscher Nordschleswiger mit der deutschen Sache von verhängnisvoller Bedeutung gewesen. Bei gewissen Modifizierungen blieb man jedoch zunächst bei diesem Kurs und warf sich energisch und mit Idealismus in die politische Auseinandersetzung. Viel trug der neubelebte schleswig-holsteinische Gedanke zur Sammlung bei.

In schwieriger Lage befand sich die schleswigsche SPD. In ihr waren ja deutsch- und dänischgesinnte Anhänger vereint, die bisher die gemeinsamen Arbeiterinteressen höher als die nationale Zugehörigkeit gestellt hatten. Nun aber zeigte sich mit einem Male, daß für viele und wohl die meisten Sozialdemokraten in der entscheidenden Stunde das nationale Moment eine größere Bedeutung besaß, als man bisher wohl geglaubt hatte. Die einen sahen das erträumte Wunder von „Genforeningene“ mit einem Male klar und erreichbar vor Augen, die anderen empfanden genau wie die übrigen Deutschen die Härte der Niederlage, die Erbitterung über Versailles und die Bereitschaft, das Volk in der Stunde der Not nicht im Stich zu lassen. Hier fanden Wahredner des deutschen Ausschusses, wie Schmidt-Wodder, die nicht von „Nation“, sondern von „Volk“ sprachen, offene Ohren. Grundsätzlich wahrte man jedoch in der SPD das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht. Dies wurde 1919 von den deutschen SPD-Vertretern bei der Berner Konferenz der Internationale der Arbeiterparteien gemeinsam mit den dänischen Gesinnungsgenossen in der Weise bekräftigt, daß in Schleswig Abstimmungen stattfinden sollten, und zwar einmal eine Gesamtabstimmung „im geschlossenen dänischen Sprachgebiet Schlesiwijs“ (es war später strittig, ob die deutschen Vertreter sich damit auch zur Clausenlinie bekannt hätten, was diese verneinten), dann in einigen dänischsprachigen Gemeinden südlich der heutigen Grenze und schließlich in Flensburg, wenn 25 % der dortigen Wahlberechtigten

dies wünschen würden. Für diese letzten beiden Räume solle man gemeindeweise abstimmen.

Da also das Selbstbestimmungsrecht Grundlage der Parteipolitik blieb, mußten die Parteimitglieder sich selbst entscheiden, ohne daß die Partei Direktiven gab. In Hadersleben knüpfte der dortige Ortsverein daraufhin in Voraussicht des Abstimmungsergebnisses mit der dänischen Partei Beziehungen an. In Sonderburg, Tondern und Apenrade stellten sich jedoch führende Mitglieder der SPD auf die deutsche Seite und nahmen besonders aktiv an den Auseinandersetzungen des Abstimmungskampfes teil. Sehr deutlich wies die Partei darauf hin, daß, wer im Abstimmungsgebiet deutsch sei, auch deutsch wählen solle. Der Flensburger Sozialdemokrat Sörensen war zunächst Mitglied des Deutschen Ausschusses gewesen, trat dann aber wegen dessen Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes — d. h. wegen der Forderung nach einer Abstimmung für Gesamtschleswig — zurück und schloß sich später der dänischen Seite an. Dazu spielte beim Mißtrauen zwischen SPD und Deutschem Ausschuß sicherlich auch der Gegensatz zwischen Arbeiterpartei und Bürgerlichen vor allem seit der Revolution von 1918 eine Rolle.

Welchen politischen Wechselbädern ein deutscher Funktionär der SPD im Grenzland beim häufigen Wechsel der politischen Situation ausgesetzt sein konnte, zeigen etwa die verschiedenartigen und sich oft zu widersprechen scheinenden Stellungnahmen Eduard Adlers. Grundsätzlich war er für das Selbstbestimmungsrecht, bekämpfte aber den Abstimmungsmodus. Scharf wandte er sich gegen die En-bloc-Abstimmung sowie gegen die Festsetzung, daß die ab 1900 ins Abstimmungsgebiet Zugezogenen nicht an der Abstimmung teilnehmen sollten, denn dies traf nicht zuletzt viele Arbeiterwähler. Aber zeitweise stand er — wie übrigens auch die Vertreter der nordschleswigschen Arbeiter- und Soldatenräte — als leidenschaftlicher Kritiker des Versailler Vertrages — auf der Seite der Befürworter von Abtretungen nach der Abstimmung nur bei dänischen Zweidrittelmehrheiten, oder aber er bejahte damals umherschwirrende Pläne, Schleswig-Holstein solle eine eigenständige Republik werden, in der die dänischen Nordschleswiger Autonomie erhalten sollten.

In Flensburg war vor allem der politische Einfluß des Parteisekretärs und baldigen Reichstagsabgeordneten Peter Michelsen, der aus Angeln stammte und mit einer nordschleswigschen Frau verheiratet war, entscheidend. Konsequenter stellte er sich auf den Boden des Selbstbestimmungsrechtes und der Berner Vereinbarung. Eine gerechte Grenzlinie sah er schon vor Tiedjes Begründung in einer Linie von nördlich Tondern bis nördlich Rinkenise an der Flensburger Förde. So trat er ruhig, aber energisch für einen Verbleib Flensburgs bei Deutschland ein, und der Ortsverein schloß sich ihm an.

Michelsen wies auf alles hin, was man beim Verlassen Deutschlands verlieren

werde: die große deutsche Kultur, die deutsche Arbeiterbewegung, der man seit langem verbunden sei. Man könne sein Vaterland nicht für ein Butterbrot verkaufen, auch besitze kein Land so viele freiheitliche Institutionen wie die neue deutsche Republik. Die Sozialversicherungen aller Art sicherten die Arbeiter in Deutschland besser ab als in Dänemark.

Überhaupt sind manche dieser Argumente, die staatsrechtliche Dinge betreffen, anscheinend auch sonst innerhalb der Arbeiterschaft lebhaft erörtert worden und haben zur Meinungsbildung beigetragen. So gab im November 1918 der Flensburger Arbeiter- und Soldatenrat eine Erklärung ab, in der es hieß: „Haben wir etwa letzten Endes eine unhaltbare Dynastie in wenigen Tagen hinweggefegt, das deutsche Volk von einem unerträglichen Joch befreit, um nun Teile desselben freiwillig in neue monarchische Sklaverei fallen zu lassen?“

Hier sollte man bedenken, daß die parlamentarische Demokratie in Dänemark nur um wenige Jahre älter ist als die deutsche der Weimarer Republik. Denn erst nach dem „Systemwechsel“ von 1901 kam es in Kopenhagen zu Regierungsbildungen mit parlamentarischen Mehrheiten, während noch zwischen 1875—1894 die Regierung Estrup zeitweise, wie einst in Preußen zur Konfliktszeit, mit provisorischen Haushaltsgesetzen regierte.

Erst seit 1915 schließlich hob eine Verfassungsreform das privilegierte Wahlrecht für die 1. Kammer (das Landsting) auf und führte allgemein das freie, gleiche Wahlrecht, also auch für Frauen, ein. Dem König blieb jedoch weiterhin zunächst das Recht, von sich aus Regierungen zu berufen und zu entlassen, und Christian X. machte hiervon auch tatsächlich noch im Jahre 1920 während der Osterkrise Gebrauch, indem er Ministerpräsident Zahle zum Rücktritt drängte. Demgegenüber trat die demokratische Grundordnung in der Weimarer Verfassung seit 1919 viel deutlicher hervor. Dazu bildete in Deutschland die SPD in der Weimarer Koalition die wichtigste Kraft, während im dänischen Koalitionsbündnis die Sozialdemokraten an Einfluß hinter Zahles radikaler Venstre zurückstanden. Die deutschen Kräfte, die im Deutschen Ausschuß vereinten und die SPD, wirkten zunächst also nicht gemeinsam, sondern nebeneinander. Ihr Zusammenschluß gelang jedoch dem Reichskommissar, später Reichsbevollmächtigten Dr. Adolf Köster. Sein Vater stammte aus Angeln, die Verhältnisse des Grenzlandes waren ihm wohl vertraut. Als hochbegabter junger Privatdozent für Philosophie brach er eine hoffnungsvolle akademische Karriere ab, wurde Schriftsteller und Journalist und ging als Mitglied der SPD in die Politik. Der Reichspräsident Ebert eröffnete dem von ihm hochgeschätzten Parteifreund den Weg in eine bemerkenswerte politische Laufbahn durch die Berufung nach Schleswig. Später wurde Köster kurz Reichsaußen-, danach auch -innenminister und war dann auf mehreren Gesandtschaftsposten tätig; er starb, erst siebenundvierzigjährig, im Jahre 1930. Ein hochintelligenter Mann, ein „Energiebündel“, ein Politiker, der anscheinend

instinktmäßig, in Wahrheit aber in blitzschnellem Denken erkannte, was in unvorhergesehenen Lagen zu tun sei. Das zeigte er etwa, als am Tage vor der Abstimmung in Flensburg die Nachricht vom Kapp-Putsch eintraf. Köster ignorierte einfach Kapps Aufforderung und erreichte es, daß die übrigen deutschen Spitzenpolitiker ebenfalls sich einer Stellungnahme enthielten, um so die Einheitsfront auf deutscher Seite nicht zu durchbrechen. Köster gelang es nun, den Deutschen Ausschuß, wo der Geschäftsführer Dr. Kähler immer mehr in den Vordergrund trat, und alle Parteien einschließlich der SPD doch noch zu gemeinsamem Vorgehen zu einigen. Im „Schutzbund“ und im „Koordinierungsausschuß“ wurden deutsche Dachorganisationen geschaffen. Den Vorsitz führte ein Dreimännerausschuß, der die verschiedenen Richtungen repräsentierte, Dr. Alnor, Friedrich Bauer und Dr. Kähler. In verschiedensten Organisationen leisteten Deutsche aller Parteirichtungen Erstaunliches in der Vorbereitung des Abstimmungskampfes. Die Taktik des Stimmstreiks wurde aufgegeben. In Nordschleswig errang man dann trotz ungünstiger Ausgangsposition doch noch ehrenvolle Ergebnisse; die zweite Zone wurde klar behauptet. Jubelnd erlebte die deutsche Bevölkerung einen ersten deutschen Erfolg nach dem Versailler Frieden. Gleich nach dem Ergebnis der ersten Abstimmung erhob man deutscherseits auf Grund des Wahlergebnisses eine Forderung auf partielle Grenzverschiebung um Tondern und auf dem Mittelrücken, deren Linienführung Johannes Tiedje ausgearbeitet hatte (sie wurde nach ihm „Tiedje-Linie“ benannt), die beiden Seiten etwa gleich große Minderheiten zugewiesen hatte, doch ohne Erfolg. Das Programm der Grenzrevision aber blieb, wenn man sich auch deutscherseits bis 1945 nicht klar entschied, ob man die Tiedje-Linie oder die Königsaugrenze (als nicht sehr realistisches) Ziel anstreben sollte.

Durch die Entscheidung des Jahres 1920 war so im Bereich der breiten und facettenreichen Bruchzone zwischen Deutsch und Dänisch im Randgebiet zwischen Nord- und Südschleswig eine neue Grenze gezogen worden. Nur im Ostteil glich sie sich im allgemeinen den nationalen Gegebenheiten an, nicht jedoch im Westen. Es kamen außerdem wesentlich mehr Deutsche zu Dänemark, als Dänen bei Deutschland verblieben.

Entscheidend war, daß bei dieser Teilung Schlesiens in der Abstimmungsentscheidung zum ersten Male in der nationalen Auseinandersetzung auf beiden Seiten der Bevölkerung aktiv über die grenzpolitische Entscheidung mitbestimmt hatte, wenn das Selbstbestimmungsrecht auch nicht in voller Exaktheit sich durchsetzen konnte. Vor allem auf deutscher Seite war die schleswig-holsteinische Bevölkerung seit den Jahren der Erhebungszeit und des Zusammenbruchs des Gesamtstaates zum ersten Male wieder in einer Volksbewegung entschlossen aktiv geworden, um

über das künftige Schicksal ihrer Heimat zu bestimmen.

Jedoch war die neue Grenze zunächst nicht von beiden Seiten allgemein anerkannt, denn auch die Flensburg-Dänen wünschten ja Revision. So ist es verständlich, daß auch die deutschen Sozialdemokraten des schleswigschen Grenzraums sich erst nach einigem Zögern mit der gemeinsamen Erklärung der Vorstände der dänischen und deutschen Sozialdemokratischen Parteien im sogenannten Stauning-Wels-Abkommen befreunden konnten, wonach beide Parteien sich gegen jede künftige Grenzrevisionsversuche, gleich ob von Nord oder Süd her, stellen wollten. Die Flensburger hatten ihrerseits auf einen klar garantierten gegenseitigen Minderheitenschutz gedrängt.

Doch die Zeichen der Zeit standen nicht auf Ausgleich. Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig konsolidierte sich erstaunlich schnell. Wie einst bei den Dänen entstand nun auch bei den Deutschen ein weitverzweigtes Verbandswesen mit vorbildlichem Schulsystem und gut ausgebauten Kulturinstituten. Die nationale Auseinandersetzung wurde jetzt hauptsächlich mit den Mitteln des Kultur- und Bodenkampfes geführt. Die Volksgruppe wurde also nicht „aufgesaugt“ und gewann im Rahmen der nordschleswigschen Protestbewegungen im Zusammenhang mit gravierenden Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Eingliederung Nordschleswigs in Dänemark zeitweise stark an Gewicht.

In der Zeit des Nationalsozialismus wurde dann aber auch die deutsche Minderheit wie die übrigen deutschen Volksgruppen gleichgeschaltet und in die deutsche Katastrophe mit hineingerissen. Nationale Minderheiten haben sich nur sehr selten einer Anerkennung von politischen Umbrüchen im Mutterland entziehen können, aus dem sie ja materielle und geistige Kraftquellen zu erschließen pflegten. Von Grenzverschiebung sprachen nur regionale Funktionäre der NSDAP nördlich und südlich der Grenze. Die „Reichsleitung“ hielt sie zurück, da man die skandinavischen Völker in eine „großgermanische Gemeinschaft“ hineinziehen wollte, wobei eine Aufrollung der Nordschleswigfrage nur hinderlich sein würde. So verschob man auch 1940 nach der Besetzung Dänemarks die Grenze nicht. Die Volksgruppe aber hatte ihren Blutzoll für Hitlers Krieg zu entrichten.

Nach dem deutschen Zusammenbruch entlud sich der Volkszorn in Dänemark, hervorgerufen durch nationalsozialistisches Unrechtsregiment während der Besatzungszeit in Überreaktion politisch überhitzter Krise über die nordschleswigsche deutsche Volksgruppe. Doch ist sie im Kern bestehen geblieben, aber von Grenzrevision ist bei ihr nicht mehr die Rede. Schulen und Kulturinstitute wurden wieder errichtet, wenn auch nicht im Umfang der Zeit vor dem Kriege. Die Loyalitätserklärung der Minderheitenleitung war die notwendige Folgerung aus den politischen Irrwegen der letzten Jahre.

Nach 1945 schienen dagegen die Flensburg-Dänen ihren alten Traum verwirklichen zu können, als der deutsche Zusammenbruch viele Enttäuschte und

Verzweifelte ins dänische Lager trieb. Doch bei Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Zustände in der Bundesrepublik schrumpfte die Anhängerschaft der dänischen Minderheit wieder beträchtlich, wenn sie auch stärker blieb, als mancher wohl damals erwartete. Die deutschen wie die dänischen Versuche, die Grenze von 1920 zu revidieren, waren damit beide gescheitert.

Im Rahmen des Zusammenrückens der Europäer suchte man dann auch von beiden Seiten den Unruheherd an der Grenze zu beseitigen. In der Kieler Erklärung des Jahres 1949 versicherten die schleswig-holsteinischen Parteien gemeinsam, daß das Bekenntnis zum dänischen Volkstum frei sei. In Kopenhagen versicherte man, daß die allgemeinen staatsbürgerlichen Freiheiten ungetrübt auch für die deutschen Nordschleswiger ihre Geltung hätten. Endgültig wurden die Rechte der beiden Minderheiten 1955 durch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen gesichert, zu denen es im Zusammenhang mit den Verhandlungen um die Aufnahme Deutschlands in die NATO kam.

Seitdem ist es im Grenzraum zwischen Deutsch und Dänisch ruhig geworden. Aus der umstrittenen Grenze selbst wurde nicht zuletzt eine Übergangs- und Durchgangslinie im westeuropäischen Wirtschaftsgebiet. Auf beiden Seiten der Grenze hat man die Lehren der Geschichte beherzigt und vernünftige Bereitschaft gezeigt, das einst brennende nationale Problem zu einer haltbaren Lösung zu führen. Diese Lösung war in den Ereignissen des Jahres 1920 noch nicht enthalten, denn der Lösungsversuch durch die beiden Volksabstimmungen war nicht überzeugend genug gewesen. Aber dennoch waren die beiden Abstimmungen markante Wegzeichen auf der Straße hin zu diesem Ziel.

Der Friede im Grenzland, den wir durch Klugheit errungen haben, wird dann erhalten bleiben, wenn beide Seiten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Dasein und die Wirkungsgrundlagen beider Minderheiten auch in Zukunft klar garantieren und die Stabilität der Grenze achten werden.

Jede Generation muß sich ihren Begriff von der Vergangenheit selber machen. Keine begnügt sich mit dem, was andere vor ihr leisteten, mögen sie auch Meister gewesen sein. Immer hat Geschichte zwei Komponenten: das, was geschehen ist, und den, der das Geschehene von seinem Orte in der Zeit sieht und zu verstehen sucht. Nicht nur korrigieren neue sachliche Erkenntnisse die alten; der Erkennende selber wandelt sich. Die Vergangenheit lebt; sie schwankt im Lichte neuer Erfahrungen und Fragestellungen. Das Spätere kommt aus dem Früheren; es wirkt aber auch auf das Frühere zurück, durch welches es bedingt ist...

Die wirtschaftliche Entwicklung in der deutsch-dänischen Grenzregion

Vortrag, gehalten auf der Sitzung des Kuratoriums des Instituts für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein, Flensburg, von Professor Dr. Manfred Willms, Direktor des Instituts für Regionalforschung und des Instituts für Wirtschaftspolitik der Christian-Albrechts-Universität Kiel.

Grenzregionen sind wirtschaftliche Sorgenkinder in fast allen Ländern. Wegen der größeren Ferne zum Binnenmarkt und der meist schlechteren Infrastrukturausstattung fallen in ihnen höhere Transport-, Kommunikations- und Informationskosten an als in zentral gelegenen Regionen. Bei einer Orientierung der ökonomischen Aktivitäten auf die Gebiete jenseits der Grenze ergibt sich das Problem der Einstellung auf eine andere Rechtsordnung, andere Handelsusancen und meist auch eine andere Sprache. Die mit all diesen Erscheinungen verbundene höhere Kostenbelastung bewirkt, daß die durchschnittlichen Arbeits- und Kapitaleinkommen in Grenzregionen niedriger ausfallen als in zentraler gelegenen Regionen. Aus diesem Grund ergibt sich eine geringere wirtschaftliche Aktivität in Grenzregionen, und die Siedlungsdichte ist entsprechend niedriger als in zentralen Regionen.

Häufig zeigen Grenzregionen auch eine verstärkte Tendenz zu Abwanderungen und Entleerung. Im allgemeinen kann eine derartige Tendenz selbst durch einen verstärkten Transfer von Finanzmitteln aus dem Zentrum nicht verhindert werden. Inwieweit sind die typischen wirtschaftlichen Probleme von Grenzregionen auch im deutsch-dänischen Grenzraum gegeben und inwieweit zeichnen sich unterschiedliche Entwicklungen nördlich und südlich der Grenze ab? Diesen Fragen soll im folgenden nachgegangen werden.

Die deutsch-dänische Grenzregion umfaßt auf dänischer Seite das Amt Sønderjylland mit einer Fläche von 3929 qkm und auf deutscher Seite den Planungsraum V (Landesteil Schleswig) mit einer Fläche von 4168 qkm. Sønderjylland besteht aus den fünf Analyse-Regionen Vesteregnen, Midtsønderjylland, E 3- Nord, E 3-Syd und Aissund, die ihrerseits wieder 23 Großgemeinden umfassen. Der Planungsraum V ist demgegenüber identisch mit dem Gebiet der kreisfreien Stadt Flensburg, dem Kreis Nordfriesland und dem Kreis Schleswig-Flensburg. Das Gebiet umfaßt 61 Städte und Gemeinden und wird unter regionalpolitischen Gesichtspunkten in 27 Nahbereiche gegliedert.

Positive Bevölkerungsentwicklung

Wird zunächst die Entwicklung der Bevölkerung betrachtet, zeigt sich, daß beide Grenzregionen in den vergangenen 20 Jahren positive Wachstumsraten zu verzeichnen hatten. In Sønderjylland ist die Bevölkerung von 221 500 im Jahre 1960 auf 250 000 im Jahr 1979 gestiegen. Dies entspricht einem Wachstum von 12,9 %. Im Landesteil Schleswig nahm die Bevölkerung von 403 000 im Jahr 1961 auf 430 500 im Jahr 1979 zu. Das Wachstum betrug hier 6,8 %. In derselben Periode wuchs die Bevölkerung in Dänemark um 11,7 % und in der Bundesrepublik Deutschland um 9,4 %. Der Bevölkerungszuwachs lag damit in Sønderjylland oberhalb des dänischen Durchschnitts, während er im Landesteil Schleswig unterhalb des deutschen Durchschnitts lag. In der jüngeren Vergangenheit (1975—1979) hat sich allerdings in der Bundesrepublik ein geringfügig negatives Bevölkerungswachstum ergeben, während in Dänemark ein noch positives, aber stark verringertes Wachstum zu beobachten gewesen ist. Der Landesteil Schleswig hat hierbei prozentual weniger Bevölkerung verloren als im Durchschnitt der Bundesrepublik. Im Landesteil Sønderjylland verminderte sich das Bevölkerungswachstum dagegen nicht so stark wie im dänischen Durchschnitt. Beide Regionen konnten daher gegenüber dem jeweiligen Nationalstaat ihre Position relativ verbessern.

Die Bevölkerungsentwicklung einer Region besteht aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und den Wanderungen. Sønderjylland hat bisher ein über dem dänischen Durchschnitt liegendes natürliches Bevölkerungswachstum vorweisen können. Der Wanderungssaldo (Zuzüge minus Wegzüge) war über die gesamte Periode 1960 bis 1979 ausgeglichen. Dies bedeutet, daß das Wachstum in Sønderjylland allein aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung resultierte und die Region durch Wanderungen keine Verluste erlitten hat. Im Landesteil Schleswig hat in den sechziger Jahren ebenfalls ein positives natürliches Bevölkerungswachstum stattgefunden, das jedoch in den siebziger Jahren ebenso wie in der gesamten Bundesrepublik in ein negatives Wachstum umgeschlagen ist. Die natürliche Wachstumsrate entspricht hierbei etwa dem in der Bundesrepublik gegebenen Durchschnitt.

Nach den vorliegenden Statistiken wurde der natürliche Bevölkerungsrückgang im Landesteil Schleswig durch Zuwanderungen überkompensiert. Ob diese Zuwanderungen in dem angegebenen Ausmaß allerdings tatsächlich stattgefunden haben, kann erst bei der für das Jahr 1982 vorgesehenen Volkszählung ermittelt werden. Die bisherigen Erfahrungen mit Fortschreibungen, auf denen die jetzt vorliegenden Statistiken beruhen, lassen vermuten, daß die angegebenen Bevölkerungszahlen im Landesteil Schleswig als überhöht anzusehen sind. Zwischen den Volkszählungen von 1961 und 1970 hatte sich im Planungsraum V ein Fortschreibungsfehler von etwa 9000 Personen oder 2 % der

Bevölkerung aufsummiert. Wird ein gleiches Fehlermaß für das vergangene Jahrzehnt angenommen und die Bevölkerungszahl für 1979 entsprechend korrigiert, ergibt sich im Landesteil Schleswig eine Bevölkerung von rd. 421 500 statt der in der Statistik angegebenen Zahl von 430 500. Gegenüber 1970 würde dies einen Rückgang von 2000 Personen oder 0,47 % bedeuten.

Die bisherige Bevölkerungsentwicklung ist also in beiden Grenzregionen keineswegs dramatisch verlaufen. Sønderjylland und der Landesteil Schleswig sind immer dünn besiedelte periphere Regionen gewesen. Die Bevölkerungsdichte betrug 1961 in Sønderjylland 56 und 1979 pro qkm 63 Einwohner, in Dänemark entsprechend 107 und 119. Im Landesteil Schleswig ist die Bevölkerungsdichte im selben Zeitraum von 97 auf 103 gestiegen. Die Vergleichszahlen für die Bundesrepublik betragen 226 und 247.

Verringerung des Einkommensgefälles

Die Wirtschaftskraft einer Region mit geringen Auspendlerzahlen läßt sich am zuverlässigsten durch die Höhe des Bruttoinlandsprodukts (Summe der in der Region erzeugten Güter und Leistungen) pro Kopf der Wohnbevölkerung messen. Die Wirtschaftsdynamik einer Region kommt dementsprechend am besten in den Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts zum Ausdruck. Höhe und Wachstum des Bruttoinlandsprodukts werden bestimmt durch Niveau und Struktur des in der Region vorhandenen Realkapitals, durch Niveau und Struktur der Erwerbstätigen sowie durch die Investitionstätigkeit. Die jeweilige Wirtschaftslage läßt sich durch die Höhe der Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenquote) — sofern sie die tatsächlich Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen korrekt erfaßt — am zweckmäßigsten verdeutlichen. Mit Ausnahme der nicht unproblematischen Arbeitslosenzahlen liegen für alle diese Wirtschaftsdaten auf regionaler Ebene entweder keine kontinuierlichen Zeitreihen oder gar keine Zeitreihen vor. Außerdem ergeben sich Abweichungen dadurch, daß die Erhebungsverfahren und die definitorischen Abgrenzungen in beiden Grenzregionen unterschiedlich gehandhabt werden.

Auf Grund des besonderen statistischen Erhebungsverfahrens sind in Dänemark keinerlei regionale Sozialproduktzahlen für Sønderjylland erhältlich. Die Sozialproduktzahlen pro Kopf der Wohnbevölkerung, die für die Region Jylland/Fyn ausgewiesen sind, zeigen für die Periode 1970 bis 1975 eine Annäherung an das dänische Durchschnittseinkommen von 87 % auf 91 %. Für die Bundesrepublik Deutschland stehen regional differenzierte Zahlen des Bruttoinlandsprodukts für die Jahre 1961, 1968, 1970, 1972, 1974 und 1976 zur Verfügung. Diese Zahlen zeigen im Landesteil Schleswig pro Kopf der Wohnbevölkerung folgende Entwicklung: 4 340 DM (1961), 9 090 DM (1970) und 15 360 DM (1976). Gegenüber dem Bundesdurchschnitt hat sich die Einkommenssituation im Landesteil Schleswig in der gleichen Zeit von 73 % über

81 % auf 84 % verbessert. Vom nationalen Durchschnitt ist das Pro-Kopf-Einkommen im Landesteil Schleswig damit weiter entfernt als im Amt Sønderjylland.

Zahlen über den Kapitalstock sind nicht vorhanden. Aus der Struktur der Erwerbstätigkeit und ihrer Veränderung lassen sich allerdings Rückschlüsse auf die Struktur des eingesetzten Kapitalstocks und auf die Wachstumschancen der Regionen gewinnen. Ist z. B. der Anteil der Erwerbstätigen in schrumpfenden oder stagnierenden Branchen besonders hoch, wird das regionale Wachstum negativ beeinflusst. Umgekehrt gewährt ein hoher Anteil von Aktivitäten in expandierenden Wirtschaftsbereichen die Realisierung eines überdurchschnittlichen Einkommenswachstums. In hochentwickelten Regionen ist die Landwirtschaft ein schrumpfender Sektor, die Industrie ein stagnierender oder häufig auch schrumpfender Sektor, und der Dienstleistungsbereich ein expandierender Sektor. Die Region Sønderjylland ist durch einen im Vergleich zum dänischen Gesamtstaat hohen Anteil der Landwirtschaft, einen leicht über dem Durchschnitt liegenden Anteil des verarbeitenden Gewerbes, einen leicht unter dem Durchschnitt liegenden Anteil von Handel und Verkehr und einen erheblich unter dem Durchschnitt liegenden Anteil der öffentlichen und sonstigen Dienstleistungen gekennzeichnet. In den siebziger Jahren verlief die Entwicklung in diesem Landesteil im wesentlichen parallel zur Entwicklung in Dänemark. Eine Ausnahme bildete lediglich der Sektor des verarbeitenden Gewerbes, der in Dänemark anteilmäßig leicht abgenommen hat, während er in Sønderjylland unverändert geblieben ist. Im Landesteil Schleswig hat die Landwirtschaft ebenfalls einen relativ hohen Anteil gegenüber dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes liegt demgegenüber wesentlich niedriger als im Bundesdurchschnitt. Handel und Verkehr entsprechen dem Bundesdurchschnitt, während der Dienstleistungssektor erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Starker Industriesektor im dänischen Grenzraum

Der grundlegende Unterschied zwischen den beiden Grenzregionen besteht somit darin, daß in Sønderjylland der Industriesektor eine relativ starke Position einnimmt, während im Landesteil Schleswig der Dienstleistungssektor überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist. Für den Industriesektor wird damit eine Situation bestätigt, die häufig in Grenzregionen von großen und kleinen Ländern zu beobachten ist, nämlich daß die Industriedichte im kleinen Land höher ist als im großen. In der Grenzregion des kleinen Landes konzentrieren sich Industrien, die Marktlücken im großen Land entdeckt haben und ganz überwiegend für den Export auf den großen Markt produzieren. Sie nutzen die Führungsvorteile des eigenen Landes und haben zugleich die engste regional mögliche Beziehung zu ihrem wichtigsten Absatzgebiet. Auf der Grenzseite des großen Landes gibt es

derartige Aktivitäten nicht, weil der Export auf den kleinen Markt zu gering ausfallen würde, um den Aufbau von derartig ausgerichteten Produktionskapazitäten rentabel sein zu lassen. Die in der Grenzregion des großen Landes tätigen Industrien würden ganz überwiegend auf den Binnenmarkt angewiesen sein. Die Marktferne schlägt sich in höheren Transportkosten nieder als die Produktion im Zentrum. Aus diesem Grund ist ein peripherer Standort für die meisten Industrien unattraktiv und die Industriedichte in fast allen Grenzregionen großer Länder gering.

Auf Grund dieser ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ist die Region nördlich der deutsch-dänischen Grenze in bezug auf den industriellen Sektor begünstigt, während die Region südlich der Grenze benachteiligt ist. Einer Abwanderung der Erwerbstätigen aus dem Landesteil Schleswig läßt sich daher nur durch einen Ausbau des Dienstleistungssektors begegnen, wie dies in der Vergangenheit auch geschehen ist. Der im Landesteil Schleswig zu beobachtende überdurchschnittlich hohe Anteil des Dienstleistungssektors resultiert zum einen aus dem Ausbau der Bundeswehr und zum anderen aus dem kräftigen Wachstum des Fremdenverkehrsbereichs. Während somit in Sønderjylland der industrielle Sektor die Region ökonomisch gestärkt hat, war dies im Landesteil Schleswig der öffentliche und private Dienstleistungssektor. Der Landesteil Schleswig hat damit in einem nicht unbeachtlichen Ausmaß von einem öffentlichen Einkommenstransfer profitiert. Seine originäre, auf privatwirtschaftlicher Initiative beruhende Wirtschaftskraft ist nicht so stark entwickelt wie in der Region Sønderjylland.

Dies zeigt sich auch bei der Betrachtung der Arbeitslosenzahlen. Die Arbeitslosigkeit in Sønderjylland lag in den siebziger Jahren stets geringfügig unter dem dänischen Durchschnitt, während sie im Landesteil Schleswig stets über dem deutschen Durchschnitt lag. Die Ermittlung der Arbeitslosenquoten ist jedoch in beiden Ländern unterschiedlich und daher schwer zu vergleichen. Eigene Berechnungen, bei denen die jeweiligen Besonderheiten weitgehend eliminiert worden sind, zeigen, daß die Arbeitslosenquoten in Sønderjylland und im Landesteil Schleswig in etwa gleich sind. Charakteristisch für beide Grenzregionen ist ein relativ hoher Anteil von arbeitslosen Frauen.

Zunehmende Probleme in beiden Grenzregionen

Die Entwicklungsperspektiven der beiden Grenzregionen sind ebenso wenig exakt vorhersehbar wie die Entwicklungsaussichten der jeweiligen nationalen Volkswirtschaft. Gewisse Entwicklungstrends lassen sich allerdings erkennen. Für die Region Sønderjylland sind die demographischen und ökonomischen Entwicklungsperspektiven bis zum Jahr 1992 in dem Regionalplan 1980 der Amtskommune Sønderjylland geschätzt worden. In der Studie wird erwartet, daß

sich der abgeschwächte Bevölkerungsanstieg fortsetzt und 1992 mit einer Bevölkerungszahl von 261 000 gegenüber 250 000 im Jahre 1980 gerechnet werden kann. Das Erwerbspotential soll sich im gleichen Zeitraum um etwa 12 000 erhöhen, während für die Zahl der Arbeitsplätze eine Steigerung um 13 500 angenommen wird. Mit Ausnahme der Landwirtschaft, für die eine geringe Abnahme der Arbeitsplätze erwartet wird, rechnet man für alle übrigen Bereiche mit einem zusätzlichen Arbeitsplatzangebot. Für das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, den Handel, das Transportgewerbe und die privaten Dienstleistungen wird ein Anstieg der Arbeitsplätze von rd. 3 500 prognostiziert. Im öffentlichen Dienstleistungssektor wird bis 1992 die Bereitstellung von etwa 12 000 neuen Arbeitsplätzen erwartet.

Die Prognose basiert weitgehend auf der Fortschreibung bisheriger Entwicklungstrends. Auffallend ist hierbei, daß der überwiegende Zuwachs des Arbeitsplatzangebots im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen gesehen wird. Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Probleme in Dänemark ist es jedoch fraglich, ob der öffentliche Sektor nach wie vor so stark expandieren kann wie bisher. Die Höhe des durchschnittlichen Steuersatzes und das erreichte Volumen der Staatsverschuldung lassen eine weitere nachhaltige Expansion des öffentlichen Sektors in Dänemark als wenig wahrscheinlich erscheinen. Eine überwiegend vom öffentlichen Sektor getragene Expansion des Arbeitsplatzangebots dürfte daher auch in Sønderjylland kaum noch realistisch sein. Steigt jedoch das Arbeitsplatzangebot in diesem Bereich weniger stark, müssen in den privaten Wirtschaftsbereichen größere Anstrengungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze unternommen werden. Dies ist um so dringlicher, als davon ausgegangen werden kann, daß sich die Arbeitsplatzprobleme in Sønderjylland nicht durch eine Abwanderung lösen lassen werden. Die ökonomische Situation in anderen Regionen Dänemarks ist keinesfalls besser, so daß ein wirtschaftlicher Anreiz zur Abwanderung kaum gegeben sein dürfte. Ganz im Gegenteil: Wegen der relativ guten Situation im Osten von Sønderjylland kann sogar noch mit Zuwanderungen gerechnet werden. Die größten ökonomischen Probleme sind jedoch im agrarisch dominierten Westteil Sønderjyllands anzutreffen. Einer steigenden Arbeitsnachfrage in dieser Teilregion steht ein kaum noch expansionsfähiges Arbeitsangebot im Industrie- und Dienstleistungssektor entgegen.

Prognosen auf der Grundlage bisheriger Entwicklungstrends sind auch für den Landesteil Schleswig erstellt worden. So kommt eine Prognose-Studie aus dem Jahr 1975, die im Raumordnungsplan der Landesregierung 1977 weitgehend verwendet worden ist, bis zum Jahr 1985 zu folgender sektoraler Entwicklung der Erwerbstätigen im Landesteil Schleswig: Die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen sinkt von 20 000 (1974) auf 15 000 (1985); die Zahl der im produzierenden

Gewerbe Tätigen verringert sich von 43 000 (1974) auf 40 000 (1985); die Zahl der im Handels- und Verkehrssektor Tätigen sinkt von 33 000 (1974) auf 29 000 (1985). Lediglich die Zahl der im Dienstleistungssektor Tätigen steigt von 71 000 (1974) auf 74 000 (1985). Die Zahl der Arbeitsplätze im Landesteil Schleswig sinkt nach dieser Prognose von 168 000 (1974) auf 159 000 (1985). Dem Angebot von 159 000 Arbeitsplätzen steht im Jahre 1985 auf Grund der vorhandenen Information über die Altersstruktur und unter der Annahme, daß alle in der Region geborenen Einwohner dort beschäftigt werden wollen, also keine Abwanderung erfolgt, eine Arbeitsplatznachfrage von 193 000 gegenüber. Aus dieser Status-quo-Prognose errechnet sich somit im Jahr 1985 im Landesteil Schleswig eine Arbeitsplatzlücke von 34 000.

Eine derartige Zahl ist natürlich schockierend für die Region. Ebenso schockierend ist die Alternative, nämlich an Stelle einer hohen Zahl von Arbeitslosen eine Abwanderung in großem Ausmaß hinzunehmen. Mit dieser Vorstellung konfrontiert, ist es wichtig, sich vor Augen zu führen, daß die Zahl lediglich auf Grund einer Prognose unter ganz spezifischen Annahmen gewonnen wurde und keine Realität darstellt. In der Realität dürften sich die Menschen wesentlich anpassungsfähiger verhalten als in der Prognose angenommen. So gehen von dem steigenden Arbeitsangebot Tendenzen zu einem geringeren Lohnanstieg aus. Dies bedeutet auf der einen Seite, daß in Zukunft weniger Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, und daß auf der anderen Seite ein stärkerer Anreiz entsteht, sich selbständig zu machen, z. B. im Einzelhandel oder im Fremdenverkehrsbereich. Ferner ist zu bedenken, daß die Abwanderungsmöglichkeiten dadurch verringert werden, daß die Entwicklung in den anderen Regionen der Bundesrepublik nicht mehr ganz so attraktiv ist wie zuvor. Auch in anderen Regionen drängen mehr junge Leute auf den Arbeitsmarkt. Wegen des relativ hohen Anteils junger Leute im Landesteil Schleswig sind die Probleme dort allerdings noch gravierender als in den übrigen Regionen. Einer zusätzlichen Arbeitsplatznachfrage von jährlich etwa 8 000 steht in den achtziger Jahren ein Abgang durch Verrentung von jährlich 4 000—5 000 gegenüber. Für die achtziger Jahre dürfte die Abwanderung aus dem Landesteil Schleswig damit tatsächlich zu einem echten Problem der Regionalpolitik werden.

Unterschiedliche Entwicklungsperspektiven

Obwohl in beiden Grenzregionen die Schwierigkeiten in bezug auf die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen für die dort heranwachsende Bevölkerung zunehmen, befindet sich Sønderjylland in einer günstigeren Position als der Landesteil Schleswig. Die bisherige Entwicklung vor allem im Osten Sønderjyllands ist auf Grund der dort ansässigen metallverarbeitenden Industrie besser verlaufen als im dänischen Durchschnitt. Die Region hat im Vergleich zum

übrigen Dänemark in den vergangenen zehn Jahren eine besondere Attraktivität ausgestrahlt. Wegen des relativ gut ausgebauten industriellen Sektors gibt es keine Anzeichen dafür, daß diese Attraktivität künftig nicht mehr gegeben sein wird.

Im Landesteil Schleswig verlief die ökonomische Entwicklung in den meisten Bereichen ungünstiger als im Bundesdurchschnitt. Auf Grund der unverändert bestehenden Standortnachteile wird diese Tendenz bestehen bleiben. Die Bildungsabwanderung junger qualifizierter und dynamischer Kräfte wird nach wie vor anhalten. Eine Neutralisierung der Abwanderung, wie sie bisher vor allem durch die Zuwanderung von Arbeitskräften im Zuge des Ausbaus des öffentlichen Dienstleistungssektors erfolgt ist, wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Auf Grund der insgesamt ungünstigeren Entwicklungsaussichten gegenüber anderen Regionen der Bundesrepublik dürften sich Abwanderungsverluste kaum vermeiden lassen.

Björn von Törne: Zwischen Loyalität und Servilität

Steen Steensen Blichers politische Publizistik und ihre Voraussetzungen
*Ein Beitrag zur Geschichte des Nationalismus und des Pressewesens
in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Dänemark*
*Skandinavistische Studien, Bd. 12, Wachholtz Verlag, Neumünster 1980, 317
Seiten*

Bei dem vorliegenden Werk handelt es sich um eine Kieler Dissertation, die der Wachholtz Verlag im kostensparenden, aber unschönen Schreibsatz gedruckt hat. Ich will bekennen, daß diese ideologiekritische Arbeit mich beim ersten Lesen begeisterte: moderner Gedankenansatz, Mut zur Kritik, klare Logik in der Gedankenführung, prägnante Interpretationen und dazu vorzügliche deutsche Übersetzungen der Gedichte Blichers. Hier hatte ein intelligenter Mann ein überzeugendes und anregendes Buch geschrieben.

Doch dann, beim zweiten Lesen, begann das ganze schöne Gedankengebäude zu wackeln und nach und nach abzubrockeln — um schließlich zusammenzubrechen. Weder der theoretische Ansatz noch die historischen Voraussetzungen für die anfänglich so überzeugenden Textinterpretationen stimmten, und damit stimmte fast nichts mehr in dieser wissenschaftlichen Untersuchung.

Mitten im Text (S. 77) wird darauf hingewiesen, daß es zu allen Zeiten Autoren gegeben hat, die ihre Kritik an politischen Zuständen mit „Lobhudeleien“ garnierten. Bereits im ersten Kapitel, „Eingangslage“ (!), wird auf H. M. Enzensbergers These vom „Arrangement“ des Dichters mit den Mächtigen verwiesen. Und hier wird ebenfalls von der „Entpolitisierung der Politik im liberalen Verfassungsstaat“ geschrieben. Hier hätte der Historiker aufmerken müssen. Ja, eigentlich ist schon der allzu griffige Titel des Buches eine Mahnung zur Vorsicht: Mit so einer einengenden Fragestellung kann man doch nur Gelegenheitspoeten, aber nicht Dichter von Rang angehen.

*

Bei allen Völkern unserer Welt hat es Preislieder gegeben, in denen Dichter einen bestimmten Fürsten rühmend besangen, indem sie die den Zuhörern bekannten Taten des Helden und die Freigebigkeit des Gefeierten lobend überhöhten.

*„Hört mich, ihr helmträger / von Harald will ich / schwerttaten schildern / dem
schätzereichen / Wie freigebig er ist / der furchterwecker / zu den raschen recken
/ die sein reich schützen / schwer sind beschenkt / die schlachthelden / ...*

So besang der Skalde Thorbjörn Hornklofi um das Jahr 890 den norwegischen König Harald Haarfagre. Zeigt Thorbjörn Loyalität oder Servilität? Lieferte er mit Gold und Edelsteinen aufgewogene Tendenzdichtung? „Lobhudelei“?

*„Ich han min lehen, al die werlt, ich han min lehen ...
Der edel künec, der milte künec hat mich beraten ...
Ich was so voller scheltens, daz min aten stanc:
daz hat der künec gemachet reine, und dar zuo minen sane.“
Ich hab mein Lehen! In alle Welt ruf ichs: ich hab mein Lehen!
Der edelmütige König, der freigebigige König hat mich versorgt,
Ich war so voller Schimpfworte, daß mein Atem stank,
All dies hat der König rein gemacht — und mein Singen dazu!*

Das schrieb einer der größten Dichter deutscher Sprache, der als fahrender Ritter und Sänger immer auf der Suche nach einer gesicherten Existenz war und deshalb stets nach einem freigebigem Herrn Ausschau hielt: Bis zur Ermordung des Staufers Philipp von Schwaben im Jahre 1208 beschimpfte er dessen Gegenkönig, Otto IV., um dann aber sofort zu diesem überzuwechseln — bis der Papst 1211 den Staufer Friedrich II. zum König erhob. Und schon wechselte Walther von der Vogelweide, um diesen handelt es sich nämlich, wieder zur staufischen Partei über und beschimpfte erneut seinen vorherigen Brotgeber:

*„Her Otto, ir sit der boeste man, wand ich so rehte boesen herren nie gewan...“
Herr Otto, Ihr seid der schlechteste Mann, denn einen so durch und durch geizigen Herrn habe ich noch nie gehabt.*

Ist das Dichtung zwischen Loyalität und Servilität? Ist das zu Höchstpreisen gelieferte „Lobhudelei“ oder Schmäherei? Ist das der ganze Walther von der Vogel weide?

Die Steinmetzen, Maler und Glasbildner des Mittelalters, die Kirchenportale, Taufen, Altarbilder und Glasfenster schufen, haben ihrem Arbeitgeber gedient, indem sie die christliche Botschaft in Kalkstein oder Granit meißelten oder in herrlichen Farben schilderten. In Sinnbildern verhießen sie der des Lesens unkundigen Gemeinde den Sieg Christi über das Böse und den Tod. Sie verkündeten eine vorgeformte Ideologie. War das Loyalität oder Servilität? Auftragsarbeit: oder Glaubensgewißheit?

*„Zwar herrlich ist die liedeswerte Tat.
Doch schön ist's auch, der Taten stärkste Fülle
Durch würd'ge Lieder auf die Nachwelt bringen.“
„Das, was vergänglich, bewahrt des Dichters Lied.“*

So schrieb Goethe im „Torquato Tasso“ und griff den Gedanken von der dienenden Funktion des rühmenden und dadurch bewahrenden Dichters auf. Dem flüchtigen Augenblick Dauer verleihen, heißt es im „Faust“ — und später bei Rilke. Die anderen möglichen Aufgaben der Kunst, Verschönerung des Daseins und Vermittlung von Genuß, läßt Goethe von Tassos Gegenspielern als Forderungen der Umwelt an den Künstler herantragen:

Der Papst „schätzt die Kunst, sofern sie ziert, sein Rom verherrlicht, und Palast

und Tempel zu Wunderwerken dieser Erde macht ...

Was gelten soll, muß wirken und muß dienen.“

Und an anderer Stelle:

*„Wird ein Glück nicht doppelt so groß und herrlich,
wenn des Dichters Lied uns wie auf Himmelswolken trägt und hebt?“*

Doch der Künstler (Goethe-Tasso) faßt diese Aufgaben als kunstfremde Forderungen auf. Sie sind Beschränkungen seines Schaffens, denn er will sich in seiner Kunst zu den höchsten Ideen auf schwingen:

„Frei will ich sein im Denken und im Dichten.“

„Die letzten Enden aller Dinge will sein Geist zusammenfassen.“

Goethe läßt Tassos Gegenspieler Antonio diese höchste Forderung der Künstler formulieren. Und für Goethe war die Dichtung Sinndeutung und Sinnggebung des menschlichen Lebens zugleich. In seinem „Faust“ hat Goethe diese Problematik noch einmal aufgegriffen und die Einheit von Lobpreis, Genuß und Sinndeutung-Sinnggebung als Aufgabe der Kunst verwirklicht.

Goethe formulierte wohl zum ersten Mal die Forderung nach der „autonomen“ Künstlerpersönlichkeit, die weder „loyal noch servil“ ist, die sich selbst verwirklicht und in eigenem Auftrag schöpferisch tätig ist, für die das eigene Leben Symbolkraft besitzt und die durch das Kunstwerk den anderen Menschen ihre Sinndeutung mitteilt — und so der Gestaltung der eigenen Gegenwart und der Zukunft dient.

Nach dieser Kunsttheorie ist Dichtung stets Auseinandersetzung mit der eigenen Gegenwart, mit der eigenen „gesellschaftlichen Situation“, d. h. jede Dichtung ist politisch.

*

Björn von Törne fand den Titel für seine Abhandlung erst am Ende seiner Arbeit, und aus diesem Grunde hat er die hier nur angedeuteten Überlegungen nicht angestellt. Er hat sich zu schnell H. M. Enzensbergers „Arrangements“-These unterworfen. Es fehlt ihm daher die Einsicht, daß die „Loyalität“, wie die „Schönheit“, in der Kunst nur ein Ausnahmefall sein kann, und daß die „Servilität“ nur eine Nuance der Loyalität ist, wie die Unterwürfigkeit eine gesteigerte Dienstwilligkeit ist. Es fehlt aber auch die Einsicht, daß die „Loyalität“ Übereinstimmung ausdrücken kann. Man vermißt ebenfalls den Hinweis darauf, daß die „affirmative Kritik“ eine Zukunftsvision enthält, das zeigen v. Törnes Interpretationen. Daß die tagespolitischen Arbeiten Blichers wirklich Zukunftsperspektiven hatten, beweist die Darstellung der Himmelbjergprogrammatik: nationale Wiedergeburt, Einheit von Volk und König, Volksbewaffnung und Skandinavismus, dieser in den Formen der nordischen Verteidigungsgemeinschaft und des nordischen Bundesstaates; das war doch Zukunftsmusik.

Die Problematik der politischen Dichtung und Publizistik sowie das Problem St. St. Blicher lassen sich also nicht auf die Formel „Zwischen Loyalität und Servilität“ reduzieren.

Die theoretische Grundlage dieser Abhandlung ist damit zu schmal. Aber weit schlimmer ist, daß darüber hinaus die Voraussetzungen der „Theorie“ verkehrt sind: der aufgeklärte Absolutismus des deutsch-dänischen Gesamtstaates, in dem der König nie selbstherrlich die Entscheidungen der unteren und oberen Behörden verworfen hat, darf weder mit dem preußischen Polizeistaat des vorigen Jahrhunderts noch mit den absolut gleichgeschalteten und durchorganisierten Verhältnissen in den Diktaturen unseres Jahrhunderts gleichgesetzt werden. Aber genau dazu hat Björn v. Törne sich durch Enzensberger und durch seine eigene Freude an der dramatischen Spannung verleiten lassen.

Gerade weil v. Törne verkannt hat, daß die Gerichte völlig unabhängig waren; daß sie sich nie zu Handlangern der Kanzleien und des absoluten Königs herabwürdigen ließen; daß sie ihre Urteile nur in Übereinstimmung mit dem geltenden Presserecht und allein nach Abwägung der von den Rechtsvertretern der gegnerischen Parteien vorgetragene Argumente fällten und daß der absolute König und die Kanzleien diese Urteile, die ihnen oft gegen den Strich gingen, stets anerkannt haben, eben weil v. Törnes Bild vom „Damokles-Schwert“ der Pressezensur, das ständig drohend über Blichers Haupt pendelte, nicht stimmt, stimmt auch seine „Theorie“ nicht und damit sind seine Interpretationen nicht haltbar. Und das trifft auch für vieles andere in dieser Arbeit zu.

*

Die „Zentralgestalt“ in v. Törnes Abhandlung ist der dänische Dichter Steen Steensen Blicher, der von 1782 bis zum Revolutionsmonat des Jahres 1848 lebte. Er gilt in der dänischen Literaturgeschichte vor allem als der große Dichter zwischen Romantik und Realismus, der das bis dahin unbekannte Jylland zur literarischen Landschaft und das Jütische zur Literatursprache gemacht hat, und man sieht in ihm einen Dichter des sozialen Mitgefühls.

v. Törne wünscht, die Hauptlinien der politischen Publizistik Blichers zu schildern und sie sowohl in den „persönlich-strukturellen“ als auch in den politischen „Gesamtzusammenhang“ (wessen oder welchen?) zu stellen. Diese „thematische Beschränkung“ (!) war notwendig, da Blicher vielfältige Interessen hatte. Sie reichten von der Verarbeitung der Wolle, über Flachs- und Leinwandbau, Aufforstung der Heide zur Veredlung der jütischen Rinderrasse. Blicher trat für die Integration der Landstreicher in die Gesellschaft ein und für die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden. Er war gegen die Beamten- und Adels-herrschaft im Staate und für das Gleichgewicht von Königs- und Volksherrschaft, und hierin war er sich — das ist im Gegensatz zu v. Törne festzuhalten — mit den Liberalen seiner Generation einig. Blicher war einer der ersten Verfechter des

Skandinavismus und trat für eine allgemeine Volksbewaffnung ein.

Seine politische Tätigkeit kulminierte 1839 mit den Freiluftversammlungen auf dem Himmelbjerg südöstlich von Silkeborg. Daß gerade diese politische Wirksamkeit scheiterte, weil die späteren (Mit)Organisatoren dieser großen Volksfeste mehr und mehr von dem versoffenen Pastor und Dichter abrückten, und zwar nicht wegen seiner ewigen finanziellen Schwierigkeiten, sondern wegen seiner zunehmenden Unzuverlässigkeit, paßte nicht in v. Törnes Konzept.

Das politische Wirken Blichers wurde nach v. Törnes Ansicht in der dänischen Literaturwissenschaft unterbewertet, weil man den Begriff der Politik zu eng faßte, indem man alles, was „folkeligt arbejdet“ ist, als unpolitisch ansah. Aber, und das übersieht v. Törne trotz seiner quantitativen Analyse einiger „Politik“-Lexikonartikel: politisch war zu Blichers Zeit eben nur, was das dynastische Erbrecht und die Regierungsgewalt des Herrschers betraf.

Die (national) politische Wirkung von Sprach- und Kulturpolitik hatten im deutsch-dänischen Gesamtstaat des Vormärz nur die „Schleswigholsteiner“ erkannt — und von diesen lernten dann zunächst die dänischen Schleswiger. Doch noch um 1836-38 war z. B. Orla Lehmann dagegen, im Herzogtum Schleswig „politisch“ zu arbeiten, d. h. sich in die Frage um Schleswigs Staatsrecht einzumischen, er war aber bereit, den Gebietsstand der dänischen Sprache zu verteidigen, indem dänische Lesegesellschaften eingerichtet und gefördert wurden. Das war nach damaliger Auffassung keine politische Tätigkeit! Denn dieser Einsatz für die dänische Sprache berührte weder das staatsrechtliche Verhältnis Schleswigs zu Dänemark und Holstein noch bedeutete er einen Eingriff in die Regierungsgewalt des Königs. Dieses — nach unserer Vorstellung eingeschränkte — Politikverständnis hat aber überhaupt nichts mit der „Entpolitisierung der Politik im liberalen Verfassungsstaat“ zu tun, sondern es ist die damals überlieferte und bis etwa 1848 geltende vorliberale Auffassung von der Politik, die dann gerade durch die Verbürgerlichung der Politik gesprengt wurde. Antiliberale und antibürgerliche Ideologien machen hier nur blind. Sie verhindern die Einsicht in den historischen Ablauf.

*

Betrachten wir noch einige andere der tiefsinnigen und für v. Törnes Blicher-Verständnis so wichtigen Analysen:

Das nationale Vorurteil war für Blicher eine Grundtatsache des menschlichen Zusammenlebens. Auf diesem Vorurteil beruhte auch das Qualitätsbewußtsein einer Nation, verliert sie es, so verliert sie auch ihren Lebenswillen. Hierbei soll es nun für Blicher entscheidend gewesen sein, was der Mensch aus seinem Nationalstolz macht. Na ja. Doch dann: In diesem Sinne ist der Nationalismus Blichers nichts anderes als der Versuch, die nationalen Gefühle für die Weckung des „almeensands“ zu benutzen. ?? Hinter der dänischen Sprachgemeinschaft

stand für Blicher die größere nordgermanische und dahinter die noch größere germanische, und „das alles wird durchaus in einer politischen Dimension gesehen“. Diese Auffassung ist weltbürgerlich, und sie mußte spätestens dann vordergründig Widerspruch offenkundig werden lassen, „als das Problem der deutschen Umgangssprache, z. B. in Hadersleben, auf dem Hintergrund der Zugehörigkeit Holsteins zum Deutschen Bund und damit die schleswig-holsteinische Frage in Blichers Bewußtsein Bedeutung erlangte“ usw. usf.

Das ist doch vordergründiger Unsinn! Mit solchen Ungereimtheiten kann man weder überzeugend noch wissenschaftlich arbeiten, v. Törne weiß anscheinend nicht, daß das nördliche Schleswig, in dem Sønderjysk die Umgangssprache war/ist, dänische Kirchen- und Schulsprache, aber bis 1840 deutsche Rechts- und Verwaltungssprache hatte. Weil er dies nicht begriffen hat, gerät das Kapitel über Blichers Liberalismus und Nationalismus zur Farce. (S. 63—67)

„Ein König, eine Sprache, eine Gesinnung verbinde uns alle mit unlöslichen Banden. Was Gott durch die Natur zusammengefügt, soll kein Mensch trennen.“ Hier kommt wieder Blichers Nationalismus, den ich einen weltbürgerlichen genannt habe, zum Vorschein, interpretiert v. Törne (S. 146). Das ist doch blühender Unsinn! In der Zeit des Weltbürgertums hielten Vaterlandsliebe und Treue zum angestammten Königshaus (eben Loyalität) die Vielvölkerstaaten zusammen. Während die eben nicht mehr weltbürgerliche, von Gott geschaffene Nation des 19. Jahrhunderts durch gleiche Sprache, Kultur und Gesinnung (Nationalbewußtsein) zusammengeschmiedet wurde — und so die Auflösung der alten Vaterländer, der Vielvölkerstaaten herbeiführte. Genau diesen Prozeß analysiert der Verfasser dieser Dissertation, ohne ihn zu erkennen.

*

Bei der Darstellung der „Pressefreiheit und Zensur“ — ein grundlegendes Kapitel, denn von der Richtigkeit dieser Ausführungen hängt die Stichhaltigkeit der Thesen dieser Dissertation ab — hat v. Törne die wichtigste Literatur übersehen: Harald Jørgensens Habilitationsschrift „Trykkefrihedsspørgsmålet i Danmark 1799—1848“ von 1944 (Neuaufgabe 1978). Harald Jørgensen unterstreicht, daß im damaligen Dänemark, verglichen mit den anderen europäischen Staaten, eine recht großzügige Presserechtsprechung geherrscht hat. Es gab keine Zensur, sondern lediglich eine freiwillige Selbstkontrolle. Man legte nämlich seine Schriften vor dem Druck den Behörden zur Begutachtung vor. Bis 1814 war die Pressepolitik der Regierung aus außenpolitischen Rücksichten konservativ und streng. Doch dann setzte bereits ein Liberalisierungsprozeß ein. Wesentlich ist, daß jedes Pressevergehen vor einem unabhängigen Gericht verhandelt wurde und daß die Beschränkung der Pressefreiheit nicht dem Inhalt, sondern allein der „Form“ der Kritik galt. Es steht unzweifelhaft fest, daß die dänische Pressegesetzgebung der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die kritische Behandlung politischer Probleme

in Wort und Schrift weitgehend zuließ. Friedrich VI. liebte die „Schreibfreiheit“ der Liberalen ganz und gar nicht, und er wünschte scharfe Kontrolle und hartes Durchgreifen. Doch die Entscheidung darüber, ob ein Verfahren eingeleitet werden sollte oder nicht, lag bei der Kanzlei, die ab 1816 immer öfter gegen den König votierte. Ganz besonders abwegig ist es, für die Zeit nach 1836 vom „Damokles-Schwert der Zensur“ zu sprechen, damals war Anders S. Ørsted der für Pressefragen zuständige Mann in der dänischen Kanzlei. Er setzte freiheitliche Verhältnisse durch. Außenpolitische Rücksichten mußte auch er beachten, und wenn man dies bedenkt, hat man „die“ Lösung für das „Storch-Gedicht“ (S. 135), nur sieht sie dann ganz anders aus, als v. Törne möchte.

v. Törne, der von der antirevolutionären Gesetzgebung der 1790er Jahre ausgeht und so tut, als wäre sie bis 1848 angewandt worden, schreibt dem Schriftsteller im deutsch-dänischen Gesamtstaat einen Anpassungszwang zu, wie es ihn nur in Mittel- und Osteuropa gegeben hat. Und somit ist St. St. Blicher das falsche Objekt, um Enzensbergers These vom „Arrangement mit den Mächtigen“ zu exemplifizieren.

Die theoretischen Voraussetzungen der oft gestreichten Textentschlüsselungen dieser Dissertation enthalten (mindestens) noch einen weiteren entscheidenden Fehler, v. Törne hat nicht den „Erwartungshorizont“ der dänischen Liberalen nach 1815 analysiert, in dem Friedrich VI. eine nicht gerade unbedeutende Rolle gespielt hat. Man erwartete nämlich von diesem Fürsten, dem die Bauernbefreiung zugeschrieben wurde, die „Bürgerbefreiung“. Und diese Hoffnung sah die Mehrzahl der Bürger durch die Einführung der Provinzialstänversammlung erfüllt. Dieser „geborene Bürgerkönig“ (U. J. Lornsen, 1830) trug nach Auffassung vieler Zeitgenossen wirklich eine Königskrone, die ein „bürgerlicher Eichenkranz“ war, wie Blicher dichtete. Das kann v. Törne nicht einfach unter den Tisch kehren, um mit luftigen Analogieschlüssen die Blichersche Übersetzung eines irischen, antienglischen Gedichts auf dänische Verhältnisse beziehen zu können, v. Törnes Geschichtsbild stimmt nicht, und deswegen stimmen auch seine Analysen nicht. Seine Interpretation des Gedichts „Der größte Narr“ stimmt erst, wenn man sie umdreht und das Gedicht als Herrscherlob liest, denn Friedrich VI. war eben kein Fürst, der zerstörte, mordete, schändete und mit tausend Bürden und Entbehnungen den Königsnamen bezahlte, sondern er genoß das Leben und pflegte seine männlichen Schwächen bei „Fru Dannemand“.

Oder S. 149: „An dieser Stelle ist es erlaubt zu fragen, was dieses Fordern nach Aufrüsten zu bedeuten hatte, drohte doch im damaligen Zeitpunkt kein Krieg gegen Dänemark“, v. Törne schreibt über den Verteidigungsskandinavismus und kennt dessen Voraussetzungen nicht! Und er hat anscheinend auch nie von den deutschen „Admiralstaatsplänen“ gehört, die zur Zeit des „Politik“-Artikels die dänische Öffentlichkeit beunruhigten. Darüber hinaus hat v. Törne ebenfalls nicht

entdeckt, daß das dänische Reich in der dänischen Argumentation aus dem Königreich Dänemark und dem Herzogtum Schleswig bestand, und deshalb lag die Südgrenze Skandinaviens an der Eider — und nicht an der Elbe. v. Törne verwechselt nämlich die Reichseinheit mit der Staatseinheit, nur zu dieser zählten Dänemark, Schleswig, Holstein und Lauenburg. Und er hat wohl auch nie etwas von den Bemühungen der „Schleswigholsteiner“ gehört, das Herzogtum Schleswig in den Deutschen Bund einzugliedern und Schleswig-Holstein dem Norddeutschen Zollverein anzuschließen.

*

Man könnte fortfahren, jede Seite dieser Dissertation zu zerpfücken. Der bisher gewonnene Eindruck würde immer wieder bestätigt werden: Björn v. Törne denkt ahistorisch, weil er den historisch-politischen Hintergrund der von ihm beschriebenen politischen Dichtung und Publizistik nicht kennt. Er verstößt ständig gegen die These seines Lehrers Gerhard Möbius, der, Ranke variierend, festgestellt hat: „Zeitalter haben ihre Gedanken, die ihnen zugehören wie einem Menschen die Eigenarten, die sein Wesen kennzeichnen.“

Hätte v. Törne sich diese Erkenntnis wirklich zu eigen gemacht, hätte er die vorliegende Dissertation nicht so geschrieben, wie er sie geschrieben hat. Es bleibt v. Törnens Verdienst, daß er die in Blichers politischer Publizistik verborgenen Probleme gesehen und aufgegriffen hat. Wenn die überaus fleißige Arbeit leider nicht so überzeugend geworden ist, wie der Einsatz und das Engagement des Verfassers verdient hätten, dann muß dies auch dem Dr.-Vater angelastet werden.

Johann Runge

STEEN STEENSEN BLICHER 1782—1848

In Vium wurde Steen Steensen Blicher 1782 geboren (Gedenktafel am Pastorat). Er besuchte die Lateinschule in Randers und studierte Theologie. Von 1825 bis zu seinem Tode 1848 war er Pastor in Spentrup. Sowohl sein Vater, der Pfarrer war, als Blicher selbst besaßen eine eingehende Kenntnis jütischer Topographie und jütischen bäuerlichen Lebens. Der Vater kann als ein würdiger und typischer Geistlicher der Aufklärungszeit bezeichnet werden. Die intime Kenntnis der Landschaft und ihrer Geschichte ist eine der Voraussetzungen dafür, daß St. St. Blicher der Dichter Jütlands werden konnte. Zwar hat Blicher sich auch in der lyrischen Form versucht, in die Geschichte jedoch ist er als einer der großen Novellisten der dänischen Literatur eingegangen.

Die politischen und sozialen Probleme seiner Zeit beschäftigten ihn sehr. Er nahm an der öffentlichen Debatte hierüber Anteil und ist der Begründer der Volksversammlungen auf dem Himmelbjerg.

*

In Spentrup, in der Nähe von Viborg, verbrachte St. St. Blicher 23 Jahre des poetischen

Schaffens. Er begann mit zwei kleineren Prosa-Arbeiten und begründete dann mit „Brudstykker af en Landsbydegns Dagbog“ (Fragmente aus dem Tagebuch eines Küsters) die lange Reihe von Novellen, die ihn beliebt und berühmt machen sollten. Blicher hatte ein schweres Leben. (Keine glückliche Ehe, schlechte wirtschaftliche Verhältnisse, in späteren Jahren Neigung zum Trunk). Dies führte zu einer melancholischen Grundhaltung, die in dem Titel einer seiner Novellen treffend zum Ausdruck kommt und gewissermaßen in der Nußschale das Motto aller Novellen widerspiegelt: *Ak hvor forandret* (ach, wie verändert). Mit Blichers Novellen erhält das heitere Dänemark (die Buchenwälder der Insel!) seine dunklere Komponente. Jütland und die jütische Heide hielten ihren Einzug in die dänische Literatur.

Blichers Novellen können in zwei Gruppen aufgeteilt werden. In diejenigen, zu denen er seine Stoffe aus der europäischen Literatur holte, und in diejenigen, in denen Jütland Schauplatz der Begebenheiten ist. Hier wiederum interessieren ihn die Nebenfiguren der Gemeinschaft: Außenseiter, Gestrauchelte oder Menschen mit großen individuellen Schicksalen (Marie Grubbe), weniger haben wir es mit „Bauernnovellen“ zu tun, und was die Form angeht: Formtheorien interessieren Blicher nicht sehr. Er sang wie der Vogel, der in den Zweigen wohnt, was aber nicht besagt, daß er nicht zugleich auf seine Art Komposition und Sprache virtuos zu meistern wußte. Er ist in der Tat ein originaler Dichter, und dies ist das Geheimnis seines Ruhms. Von etwa 100 Novellen dürften zwanzig als klassisch bezeichnet werden. Wenn er Shakespeare, Goethe, Ewald und Holberg huldigt, will er sich damit als „Rationalist“ ausweisen und fordert Dichter, die uns „die heimlichen Falten des menschlichen Herzens zeigen“.

So wird dieser poetische Realist zum Vorläufer Jacobsens und Bangs. „Die Tagebuchfragmente eines Küsters“ enthalten die Geschichte von Marie Grubbe auf Tjele, die Jacobsen später in die Weltliteratur einführen sollte. In dieser seiner ersten Prosaerzählung schuf Blicher ein Meisterwerk, das sogleich seinen Rang erkennen ließ.

Entnommen dem d-d Taschenbuch Nr. 5:

„Parkplätze der Literatur“, herausgegeben vom Flensburger Studienkreis und verfaßt von Dr. Hans Peter Johannsen †

Sieben schleswigsche Jahrzehnte

In memoriam Dr. H. P. Johannsen

Weit über das deutsch-dänische Grenzland hinaus wird diesem Mann nachgetrauert, für den sieben schleswigsche Jahrzehnte, wie der in Tingleff geborene Johannsen seine Autobiographie nannte, „Glück und Bedrängnis zugleich bedeuteten, an der Nahtstelle zweier Völker geboren zu sein“. Im 73. Lebensjahr noch mitten in der Arbeit stehend, sich ständig bemühend, in seinem kulturpolitischen Wirken neue Akzente zu setzen, hat eine Wanderung des Lebens ihren Abschluß gefunden, zu früh, aber auch erste ärztliche Warnungen ließen ihn nicht ruhen, denn – wie sein Freund und Vorbild Friedrich Ernst Peters einmal schrieb – „vielleicht ist Müdewerden des Wanderns ganzer Sinn“.

Für Hans Peter Johannsen war die „geistige Lebensform“ eine Aufgabe; aber obwohl er kein Politiker war, so war er dennoch ein politisch engagierter Mensch. Auf der Grundlage seines fast lexikalen Wissens über deutsche und dänische Literatur und Kultur brachte er nach den Wirren jener Zeit, in der die Nationalsozialisten Geschichte, Recht und Sprache des deutschen Volkes vergiftet hatten, was ihn ständig die Frage nach eigenem Irrtum und eigener Schuld stellen ließ, die besten Voraussetzungen mit, jene geschichtliche Rolle des Vermittlers zu spielen im tobenden Meer des Grenzlandes. Sein geschichtliches Verdienst waren die Flensburger Tage, später die Deutsch-Dänischen Tage, die das Eis im Grenzland brachen; und es ist gewiß kein Zufall, daß gerade Amtsbürgermeister Erik Jessen auf diesem Hintergrund die Person und Leistung von Dr. Hans Peter Johannsen so aufrichtig würdigte. Das Grenzland hat eine seiner Kulturpersönlichkeiten verloren, aber noch schwerwiegender ist der Verlust des (Geheim-)Diplomaten, der ein enges Netz der Befriedung im deutsch-dänischen Grenzland schuf. Dabei ist Johannsen – manchmal sogar leicht vorwurfsvoll – als „letzter Schleswiger“ bezeichnet worden, aber ein Wanderer zwischen den nationalen Welten war er nie; er war „immer Deutscher“. In der Verankerung des eigenen Volkstums fand er nicht nur die Kraft, deutsche Kulturarbeit im europäischen Geiste zu leisten, sondern gerade dadurch wurde er auch von der „Gegenseite“ mit Respekt als Vermittler des deutsch-dänischen Dialogs in der schleswigschen Region anerkannt.

„Der Nordschleswiger“

*

SPD in Sorge um das Grenzklima

Die SPD-Fraktion sieht mit großer Sorge, daß das friedliche Zusammenleben im Grenzland, das überall als „europäischer Modellfall“ gepriesen worden ist, zunehmend gefährdet wird. Es mehren sich bedenkliche Zeichen grenzlandpolitischer Mißverständnisse und Gereiztheiten bis hin zu offenkundigen Akten der Intoleranz.

Die SPD begrüßt jede Auseinandersetzung, die der Klärung der Standpunkte im politischen und kulturellen Bereich sowie der Wahrung der Identität der jeweiligen Volksgruppe dient. Die Auseinandersetzungen sollten jedoch stets so geführt werden, daß sie Inhalt und Geist der Minderheitenerklärungen von Bonn und Kopenhagen erfüllen, die anlässlich der 25jährigen Wiederkehr des Tages der Verkündung im vorigen Jahr in Deutschland und Dänemark zu Recht gefeiert wurde.

Ein entscheidender Anlaß für die Verschlechterung des guten Klimas im Grenzland war ohne Zweifel die Wahlrechtsänderung von 1979, Ministerpräsident Stoltenberg und die CDU-Landtagsfraktion haben aus unverhohlener Verärgerung über die politische Haltung des SSW aus einem vollgültigen Landtagsmandat des Vertreters der dänischen Minderheit ein Mandat minderer Qualität gemacht. Das war und bleibt eine Verletzung der Minderheitenerklärungen und erschwert der deutschen Volksgruppe den ohnehin schwierigen Weg zur Erfüllung ihres berechtigten Wunsches nach einer parlamentarischen Vertretung im Folketing.

Die von einem Privatmann herausgegebene Zeitschrift Slesvigland ist kein grenzpolitischer Glücksfall. Sie mag als Ärgernis und Herausforderung empfunden werden, wird jedoch in ihrer Wirkung überschätzt. Unverständlich sind allerdings die heftigen Reaktionen auf deutscher Seite, insbesondere auch von Grenzvereinen und ihren Sprechern. Wir teilen nicht die Auffassung, mit dieser Zeitschrift werde eine groß angelegte dänische Kulturoffensive eingeleitet, auf die zu antworten nach Meinung eines Verbandsvorsitzenden „das Volk selbst aufgerufen“ sein könne. Wir sehen deshalb in der wiederholten Aufforderung an die Vertreter der dänischen Minderheit, sich von Slesvigland zu distanzieren, eher einen Beitrag zur Verschärfung als zur Entspannung der Situation. Umgekehrt sehen wir auch in den Möglichkeiten, die Regionalisierung des Programms des NDR für eine stärkere Ausstrahlung in den dänischsprachigen Raum ergeben, keinen Ansatz für eine neue deutsche Kulturoffensive. Im übrigen macht es das Wesen und den Reiz des Grenzlandes aus, daß unterschiedliche Kulturen, Meinungen und Verhaltensweisen auch zum kritischen Dialog herausfordern.

In diesem Zusammenhang richten wir die dringliche Bitte an die Verantwortlichen für die Schleswig-Holstein-Tage, ihre Veranstaltungen nur als Angebot an alle Bürger unseres Landes zu sehen, sich als Einwohner eines Bundeslandes zu verstehen und zu begegnen, das im Bewußtsein der Bevölkerung zunehmend an eigener Landesqualität gewonnen hat. Die SPD könnte keinen Schleswig-

Holstein- Tag mittragen, der auch nur den Anschein erweckt, als Instrument in der grenzpolitischen Auseinandersetzung mißbraucht zu werden.

Die jüngste Irritation im Grenzland kann nicht beseitigt, die Situation nicht zum Besseren gewendet werden, wenn wir nicht bereit sind, eine neue Initiative des guten Willens zu ergreifen. Wir dürfen weder in unserem Handeln noch in unseren Äußerungen hinter Buchstaben und Geist der Erklärungen von Bonn und Kopenhagen zurückfallen. Das gilt nicht nur für die Rechte der Minderheiten, die wir nicht länger als Privilegien apostrophieren sollten, sondern auch für die Diskussion über die Grenze selbst. Wir haben vielmehr ernstzunehmen, daß die Erklärungen das freie, nicht zu überprüfende Bekenntnis zu einer Volksgruppe garantiert und die Gleichstellung der Angehörigen der Minderheiten mit den anderen Staatsbürgern zusichert.

Die SPD plädiert für einen Schritt über Bonn und Kopenhagen hinaus. Wir brauchen keine neue Beschreibung der Rechte der deutschen Minderheit in Nordschleswig und der dänischen bei uns. Aber wir sollten unsere Bereitschaft erklären, ohne gegenseitige Auf- und Anrechnung über das hinauszugehen, wozu uns die Minderheitenerklärungen politisch verpflichten. Ein Schritt wäre auf deutscher Seite, das dänische Schulwesen nicht als eine dem sonstigen Privatschulwesen vergleichbare Einrichtung anzusehen, sondern als eine dem öffentlichen Schulwesen gleichgestelltes, das dann in jeder Hinsicht in derselben Weise gefördert werden müßte.

Beide Volksgruppen haben sich nach 1945 größte Verdienste erworben. Ohne ihr aktives Zutun wäre der Ausgleich beiderseits der Grenze unmöglich gewesen. Sie können mit Genugtuung und Selbstbewußtsein zurück- und in die Zukunft blicken. In Deutschland, vor allem in Schleswig-Holstein, und in Dänemark sollte alles getan werden, das Recht, sich als Deutscher oder als Däne zu bekennen, um sich einer Volksgruppe zugehörig zu fühlen, in Liberalität und mit Toleranz zu respektieren.

*Landtagsvizepräsident Kurt Hamer
in der SPD-Pressekonferenz 30.3.1981*

*

Wozu Grenzverbände in einer europäischen Gemeinschaft?

Auf die Notwendigkeit der Grenzverbände im deutsch-dänischen Grenzland haben der Reisesekretär des dänischen Grenzvereins, Frederik Rudbeck, und der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, Rektor Artur Thomsen, Flensburg, hingewiesen. Im Rahmen der Fragestellung „Wozu Grenzverbände in einer europäischen Gemeinschaft?“ sagte Rudbeck auf dem Knivsberg, die dänische „Grænseforening“ sei notwendig, um für mehr gegenseitige Toleranz und

Verständnis zu sorgen sowie die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig zu unterstützen. „Denn ohne das Dänentum in Südschleswig würde Dänemark schwächer dastehen.“

Beide Referenten gingen in Kurzvorträgen auf die Rolle der Grenzverbände ein. Was „Grænseforeninger“ betreffe, sagte Rudbeck, so habe dieser nach 1945 Aufgaben übernommen, die vorher bei „De unge Grænseværn“ und „Det Danske Samfund“ in Nordschleswig gelegen hätten. Heute erstrecke sich die dänische Grenzlandarbeit nach Südschleswig. Die Grenze als solche sei nicht das hauptsächliche, d. h. politische Problem, denn „die Grenze liegt fest.“ Auf die Frage, daß diese offizielle Haltung der dänischen Regierung von der dänischen Minderheit niemals bestätigt worden sei, sagte Rudbeck: „Warum soll man der dänischen Minderheit ihre Hoffnung auf eine Grenze an der Eider nehmen?“

Eben diese Hoffnung sei es, was vielerorts in Schleswig-Holstein kritisiert werde, sagte Thomsen, daß „viele – auch Kreise der dänischen Minderheit – in letzter Zeit den Eindruck zu erwecken versuchen, dieses Land sei eigentlich dänisch.“ Thomsen richtete in diesem Zusammenhang an die dänische Seite den Appell, die Grenze von 1920 zu akzeptieren: „Die Mehrheit nördlich der Grenze will, daß dieses Land dänisch ist; und die Mehrheit südlich der Grenze will, daß dieses Land deutsch ist.“

Rudbeck setzte dem entgegen, in der dänischen Minderheit herrsche seit geraumer Zeit „Beunruhigung dadurch, daß dänische Vereine beispielsweise in deutsche Dorfveranstaltungen einbezogen werden.“ Hier müsse man dann schließlich nach der Absicht fragen. Wolle man deutscherseits „Watte um die dänischen Vereine legen“? Sei dieses ein Versuch nach dem Motto „Ihr braucht ja gar nicht in die dänischen Vereine zu gehen, ihr könnt doch zu uns kommen?“ Er wisse es nicht...

Artur Thomsen fragte, ob bei den verschiedenen Grundinteressen deutscher und dänischer Grenzverbände, „die nicht unbedingt gegeneinander stehen“, über das Betonen des eigenen Volkstums hinaus eine Möglichkeit der Zusammenarbeit gegenüber Europa zu finden sei.

Rudbeck dazu: „Das glaube ich nicht.“ Denn die Unterstützung der dänischen Verbände an die dänischen Südschleswiger erfolge ja deswegen, weil die dänische Regierung erkenne, „daß wir uns an der Grenze sichern müssen.“ „Wir müssen uns wehren“, sagte der Reisesekretär, „daß es nicht wieder zu Überraschungen kommt wie vor 1945.“ Nicht zuletzt deswegen halte man sich in Dänemark der EG gegenüber so reserviert, weil man auch dem südlichen deutschen Nachbarn skeptisch gegenüberstehe. „Dann ist es die Aufgabe der Grenzverbände, dazu beizutragen, daß man miteinander redet und versucht, das Mißtrauen abzubauen“, konterte Thomsen.

„Der Nordschleswiger“, 21.3.1981